

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Lob für Reformbemühungen

Die pazifischen Staaten Palau, die Salomonen, Vanuatu und Timor-Leste sind von der Weltbank für ihre erfolgreichen wirtschaftlichen Reformbemühungen im vergangenen Jahr gelobt worden.

Die vier Staaten werden positiv in dem Ende Oktober veröffentlichten Weltbank-Bericht „Doing Business 2015: Going beyond efficiency“ erwähnt. Demnach hat Timor-Leste im Zeitraum zwischen Juni 2013 und Juni 2014 besonders viele erfolgreiche Unternehmen gegründet und damit zur Wirtschaftskraft des seit 2002 unabhängigen Staates beigetragen. Die Salomonen werden für ihr Engagement im Bereich der Elektrifizierung ländlicher Regionen erwähnt. Palau konnte Prozesse im grenzüberschreitenden Warenhandel optimieren und Vanuatu hat die Überschreibung von Besitz vereinfacht.

Die 33-seitige Studie der Weltbank mit dem Untertitel „Comparing Business regulations for domestic firms in 189 economies“ kommt zu dem Ergebnis, dass die meisten Staaten in Ostasien und dem Pazifik seit dem Jahr 2005 (in dem die Weltbank-Studie erstmals durchgeführt wurde) erfolgreiche Reformen durchgeführt haben. Besondere Erwähnung finden in dem Bericht die Vereinfachung der Steuerzahlungen für Unternehmen sowie die Schaffung von Anreizen für Investitionen einheimischer Betriebe.

(<http://www.doingbusiness.org/reports/global-reports/doing-business-2015>, *Marianas Variety* 30.10.14)

UNDP verzeichnet Armutssteigerung

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) kommt zu dem Ergebnis, dass

bereits heute jeder vierte Pazifik-Insulaner unterhalb der Armutsgrenze lebt. Der Bericht mit dem Titel „The state of Human Development in the Pacific: A report on vulnerability and exclusion in a time of rapid change“ zeichnet das Bild einer sich sozial und wirtschaftlich schnell verändernden Region und benennt konkret die Herausforderungen für die Menschen Ozeaniens. So findet ein Wandel von der Subsistenzwirtschaft zur monetären Wirtschaftsweise statt. Junge Leute verlassen auf der Suche nach Arbeit und Geld die Dörfer und lassen dort Kinder und Alte zurück, traditionelle Familienstrukturen weichen auf, der Klimawandel bedroht die Ernährungssicherheit und die Zunahme von durch Klimawandel hervorgerufenen Katastrophen zerstört die Umwelt der Menschen.

Obwohl es bis dato keine Nahrungsmittelknappheit oder Hungerkrisen in den betrachteten pazifischen Inselstaaten gibt, lässt sich in den zwölf betrachteten Pazifikstaaten die Zunahme von Armut beobachten, heißt es in dem Bericht. Dabei sind regional große Unterschiede zu verzeichnen. In Papua-Neuguinea leben 39% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, während es in Vanuatu nur 13% sind. In Papua-Neuguinea leben auch die meisten unterernährten Kinder. Auf der anderen Seite gibt es im Pazifik Länder wie Samoa oder die Cook-Inseln, wo nicht der Hunger, sondern extremes Übergewicht zu gesundheitlichen Problemen führt.

Besonders betroffen von Armut sind nach Aussagen von Nicholas Rosellini, dem UNDP-Regionaldirektor für Ozeanien, Frauen, Kinder, Jugendliche, Senioren und Behinderte. 23% aller jugendlichen Pazifik-Insulaner gelten als arbeitslos.

Der Bericht weist jedoch auch auf positive Entwicklungen in der Region hin. So ist die Kindersterblichkeitsrate in den letzten Jahrzehnten in allen Pazifikstaaten gesunken.

Außerdem haben fast alle Menschen auf den Inseln Zugang zu fruchtbarem Land.

Für einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung sorgt auch die Zunahme des Tourismus in einigen Staaten. Im Jahr 2012 trug der Tourismussektor mit 10,6% zum gesamt pazifischen Bruttoinlandsprodukt bei.

(<http://www.undp.org/content/dam/undp/library/Environment%20and%20Energy/Climate%20Change/Capacity%20Development/UNDP%20Report%20SOCIAL%20EXCLUSIION%20SUMMARY%202014.pdf>, *Pacific Scoop* 26.09.14, <http://www.spasifikmag.com/communityhealth/30octparadise/>)

Stand der Pressefreiheit

Auf der von der Nichtregierungsorganisation *Reporter ohne Grenzen* vorgelegten Rangliste zum Stand der Pressefreiheit weltweit rangiert Samoa auf Platz 40 von insgesamt 180 Ländern. Das entspricht einer Steigerung um acht Plätze im Vergleich zum Vorjahr. Kein pazifisches Land (hier ohne Neuseeland und Australien) bietet anhand der von *Reporter ohne Grenzen* gemessenen Kriterien ein höheres Maß an Pressefreiheit.

Papua-Neuguinea rangiert auf Platz 44 noch vor den USA (Platz 46). Das Königreich Tonga steht auf Rang 63, Fidschi auf dem 107. Platz.

An erster Stelle rangiert Finnland, Deutschland kommt auf den 14. Platz.

Info: Der jährlich von *Reporter ohne Grenzen* vorgelegte *World Press Freedom Index* ermittelt den Grad der Pressefreiheit anhand von sechs Kriterien:

- Meinungspluralismus
- Grad der Unabhängigkeit der Medien
- Arbeitsumgebung der Journalisten und Zensur
- Gesetzgeberische Rahmenbedingungen
- Institutionelle Transparenz
- Mediale Infrastruktur.

(http://rsf.org/index2014/data/index2014_en.pdf, *Talamua* 05.05.14)

IFJ legt Jahresbericht vor

Im letzten Jahr haben sich die Fälle von Gewalt gegen Journalisten in Ausübung ihres Dienstes vor allem in der asiatisch-pazifischen Region gehäuft. Zu diesem Ergebnis kommt der seit 1994 jährlich vorlegte Bericht der *Internationalen Journalisten-Föderation* (International Federation of Journalists, IFJ). Demnach kommt durchschnittlich alle zehn Tage ein Journalist in dieser Region ums Leben. Bis Anfang November starben in der Region Asien-Pazifik 33 Journalisten durch Gewalteinwirkung, darunter 13 allein in Pakistan.

Aus diesem Grund hat der asiatisch-pazifische Zweig der IFJ am 2. November eine 22-tägige Kampagne mit dem Titel „End Impunity for Journalists attacks“ (dt. Das Ende der Straflosigkeit bei Angriffen auf Journalisten) gestartet. Mit der Kampagne fordert die IFJ die Staaten auf, die tätlichen Angriffe auf Journalisten nicht länger straffrei hinzunehmen, sondern die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Zeitgleich hat die IFJ die Aktion „22 Days - 22 Stories“ ins Leben gerufen. Hier wird täglich in Form von Biographien an das Schicksal eines getöteten Journalisten erinnert.

Der 2. November als Starttag der Aktion wurde bewusst gewählt, weil die Vereinten Nationen diesen Tag erstmals zum *International Day to End Impunity for Crimes Against Journalists* erklärt haben.

Info: Die IFJ ist der weltweit größte internationale Dachverband nationaler gewerkschaftlicher Journalistenverbände. Er hat 161 Mitgliedsverbände in 117 Ländern und vertritt über eine halbe Million Mitglieder. Die IFJ ist überparteilich. Sie setzt sich für die Wahrung der Pressefreiheit, unabhängige Journalistengewerkschaften, die Menschenrechte sowie gegen den Missbrauch der Medien für politische Propaganda ein.

Aus folgenden pazifischen Ländern sind Journalistengewerkschaften Mitglied bei der IFJ: Australien, Timor-Leste, Neukaledonien, Neuseeland und Vanuatu. (ABC 05.11.14, <http://www.ifj.org/nc/news-single-view/browse/1/backpid/51/article/ifj-asia-pacific-launches-campaign-against-impunity-for-journalist-attacks/>)

Erhöhte Suizidgefahr bei sexuellen Minderheiten

Laut einer in der Juni-Ausgabe des *American Journal of Public Health* veröffentlichten Studie gibt es beim Begehen eines Suizids (Selbsttötung) einen direkten Zusammenhang zwischen Herkunftskultur (engl. *race*), sexueller Orientierung und psychischen Erkrankungen.

Für ihre Studie werteten die Mediziner Daten aus den Jahren von 2005 bis 2007 aus. Diese waren bei 70.000 amerikanischen Teenagern zwischen 13 und 18 Jahren erhoben worden, darunter befanden sich 6.245 Teenager, die nicht heterosexuell waren, sondern sich einer der Kategorien „lesbisch, schwul, bisexuell, transgender oder queer“ (engl. Abkürzung: *LGBTQ*) zuordneten. Unter den Befragten waren auffällig viele Angehörige von Indianergruppen aus Alaska sowie in Amerika lebende Pazifik-Insulaner.

In ihrer Studie „Mental Health and Suicidality among Racially/Ethnically Diverse Sexual Minority Youths“ fanden die Mediziner heraus, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Auftreten von Depressionen und weiteren psychischen Erkrankungen sowie der sexuellen Orientierung gibt. So gaben die LGBTQ-Teenager an, mehr als doppelt so häufig unter Depressionen zu leiden wie gleichaltrige heterosexuelle Jugendliche. Sie waren auch viermal so häufig bereit, sich selbst ein Leid zuzufügen oder sich gar selbst zu töten. Unter den Befragten gab jeder Dritte an, er habe bereits einmal einen Suizidversuch unternom-

men.

Die Wissenschaftler konnten einen weiteren Zusammenhang zwischen der Nationalität und dem Vorkommen von psychischen Erkrankungen feststellen. So sind Angehörige indianischer Gruppen aus Alaska (engl. *Alaska Natives*) sowie Pazifik-Insulaner um das anderthalbfache stärker gefährdet, Suizid zu begehen, als gleichaltrige weiße amerikanische Jugendliche. Als besonders problematisch bewerteten die Wissenschaftler das Aufeinandertreffen beider Faktoren, also Herkunfts- und sexuelle Orientierung. Zwei von drei LGBTQ-Jugendlichen mit indianischen und/oder pazifischen Vorfahren verletzen sich selber, so das Forscherteam unter Leitung der Ärztin Prof. Dr. Wendy B. Bostwick. Ähnliche Ergebnisse lieferte eine Studie unter Hispano-Amerikanern.

Als dritten entscheidenden Faktor bei der Bewertung des Suizid-Risikos benannten die Autoren der Studie das Geschlecht. So leiden Mädchen und Frauen mehr unter Depressionen und ihrer sexuellen Orientierung als Jungen und Männer. Überproportional viele Frauen aus Indianergruppen bzw. dem Pazifik mit LGBTQ-Hintergrund unternahmen einen Suizid-Versuch. (*Journal of Public Health: June 2014, Vol. 104, No. 6, pp. 1129-1136, Reappropriate 07.10.14*)

Weltweit höchste Suizidrate im Pazifik

30 von 100.000 jugendlichen Einwohnern in Samoa, Guam und Mikronesien nehmen sich jährlich selbst das Leben. Diese erschreckenden Zahlen sind anlässlich des von den Vereinten Nationen ausgerufenen *International Youth Day* am 12. August bekannt gegeben worden. Der internationale Tag der Jugend stand in diesem Jahr unter dem Motto „Youth and Mental Health - Mental Health matters“.

Vertreter pazifischer Jugendorganisationen aus Fidschi und Papua-Neuguinea beklagten die hohe Suizidrate in der Gruppe der 15- bis 29-Jährigen und begründeten diese mit den tiefgreifenden sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen im Leben der Jugendlichen.

54% der Bewohner Ozeaniens sind jünger als 24 Jahre. Sie sind mit den Folgen der Globalisierung, der Arbeitslosigkeit, den Ansprüchen der Eltern und gescheiterten Liebesbeziehungen konfrontiert und wählen als letzten Ausweg die Selbsttötung. So nahmen sich beispielsweise im Jahr 2012 in Fidschi 16 Jugendliche unter 25 Jahren das Leben. Auf der Insel Tokelau mit ihren nur rund 1.500 Einwohnern nahmen sich in den letzten 25 Jahren 83 Personen unter 25 Jahren das Leben. Nach Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen UNICEF beträgt die Suizidrate im westlichen Pazifik 2,5% der jugendlichen Bevölkerung unter 25 Jahren. Zum Vergleich: Weltweit liegt die Rate bei 1,4%.

Mitarbeiter von Organisationen, die sich im Pazifik um psychisch erkrankte Menschen kümmern, beklagten zudem die hohe Dunkelziffer. Viele Familienangehörige verschwiegen aus Scham und aus Angst vor Ausgrenzung die Selbsttötung von Kindern und Jugendlichen. (*Matangi Tonga 14.08.14, <http://undesadspd.org/youth/internationallyouthday/2014.aspx>*)

Taiwan unterstützt das PIF

Die Vertreterin der chinesischen Außenhandelskammer, Jane Cheng, hat dem Sekretariat des *Pacific Islands Forum* (PIF) in Suva einen Scheck in Höhe von einer Million US-Dollar überreicht. Davon soll eine halbe Million Dollar in die Unterstützung regionaler Organisationen investiert werden, wie sie das 2012 geschlossene Partnerschaftsabkommen zwischen China und dem PIF, das sogenannte *Regional Development Assistance Programme*, vorsieht. So sollen insgesamt zehn fidschianische Einrichtungen von dem

Geld profitieren, darunter das *College of Medicine* in Suva, die Universität von Fidschi, die *Forum Fisheries Agency* und der Energieversorger *Pacific Power Association*.

Die zweite halbe Million fließt in das taiwanesisch-pazifische Stipendienprogramm. Talentierten jungen Pazifik-Insulanern soll über das Stipendienprogramm die Möglichkeit gegeben werden, in Taiwan eine handwerkliche Ausbildung zu machen oder ein Studium aufzunehmen. (*Pressemitteilung Pacific Islands Forum 10.11.14*)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

25 Tote in der Provinz Hela

Bei Stammeskämpfen in Tari in der Provinz Hela sind in den letzten zwei Jahren mindestens 25 Menschen getötet worden, darunter auch drei Schulkinder.

Der für die Provinz mit ihren rund 300.000 Bewohnern zuständige Polizeikommandant Mark Yangen zeigte sich von der Situation überfordert. Es mangle ihm an Personal und an Ausrüstung, um den Gewaltexzessen Einhalt zu gebieten, entschuldigte der Befehlshaber den mangelnden Einsatz seiner Polizisten. Die Menschen kämpften nicht nur mit Pfeil und Bogen, sondern mit modernen Waffen, dies mache ein Eingreifen der Polizei nur unter eigener Lebensgefahr möglich. Die Mitglieder der verfeindeten Gruppen verabredeten sich inzwischen auch mittels Smartphones über die sozialen Netzwerke zu ihren Kämpfen. Über Zeitpunkt und Ort würde die Polizei nicht informiert, beklagte der Polizeikommandant.

Die Stammesauseinandersetzungen waren bereits im Jahr 2012 über den Besitz eines Stücks Land ausgebrochen und konnten trotz mehrfacher Vermittlungsver-

suche durch die Kirchen bis heute nicht beigelegt werden.

Nun entschloss sich die Regierung zu einem härteren Vorgehen. Sie entsandte 100 Einsatzkräfte in die Region und erklärte das Gebiet zur „Kampfzone“ (engl. „fighting zone“). Damit werden die Befugnisse der Polizisten erweitert, zugleich wird das Gebiet für Auswärtige als „gefährlich“ ausgewiesen. Zu den Spezialeinheiten gehört auch eine Einheit der neuguineischen Armee (Defence Force). Sie soll zunächst einmal 14 Tage vor Ort im Einsatz sein. Zu mehr reiche das ihm zugeteilte Regierungsgeld in Höhe von 500.000 Kina leider nicht, bedauerte Mark Yangen. (*ABC 13.11., 14.11.14, PNG Loop 21.11.14, Radio NZ Intern. 24.11.14*)

Haushalt verabschiedet

Am 18. November hat der neuguineische Finanzminister Patrick Pruaitch den Staatshaushalt für das kommende Jahr 2015 im Parlament bekanntgegeben. Er stellte seine Haushaltsrede unter das Thema „Building our nation and providing opportunities for our people.“

Der Haushalt beträgt 5,35 Milliarden US-Dollar und entspricht einer Steigerung in Höhe von 7% im Vergleich zum Vorjahr. Pruaitch wies auf die zukünftigen höheren Staatseinkünfte durch die internationalen steuerzahlenden Großkonzerne aus den Bereichen Bergbau, Flüssiggas und Landwirtschaft hin. Durch die Erhöhung von Steuern könnte die zu erwartende Inflation in Höhe von etwa 5,5 % ausgeglichen werden, so der Minister. Alles in allem sei das Schuldenniveau stabil. Pruaitch betonte in seiner Parlamentsansprache noch einmal die kostenlose Schulbildung für alle Kinder bis zur zehnten Klasse sowie die kostenlose Basis-Gesundheitsversorgung für die Bürger. Diese Ausgaben seien im Haushalt mit veranschlagt. Er zeigte sich besonders erfreut über den stabilen Kurs des Kina. (*http://www.treasury.gov.pg/html/national_budget/files/2015/Budget%20Speech.pdf, Radio Australia 19.11.14*)

Flüchtlinge erhalten Visa

Die ersten zehn Personen aus dem australischen Flüchtlingslager auf der Insel Manus haben ein für ein Jahr gültiges Aufenthaltsrecht in Papua-Neuguinea bekommen. Das gab der neuguineische Außenminister Rimbink Pato Mitte November bekannt. Es handelt sich um Flüchtlinge aus Pakistan, dem Iran, Afghanistan und Myanmar. Die zehn Personen werden übergangsweise in neu errichteten Wohnheimen in East Lorengau untergebracht. Dort sollen die Flüchtlinge betreut werden und zunächst Unterricht in Englisch und Tok Pisin erhalten. Außerdem sollen sie mit den Eigenheiten der neuguineischen Kultur vertraut gemacht werden und befähigt werden, zukünftig eigenverantwortlich für sich sorgen zu können. Die Kosten für diese Integrationskurse trägt die Regierung.

Minister Pato sagte, er sei überzeugt, die Flüchtlinge würden „ihren Weg in Neuguinea machen“. Es handele sich durchweg um gut ausgebildete Personen, darunter Ingenieure, Buchhalter und Uhrenmacher. Für qualifizierte Personen gebe es immer Jobmöglichkeiten in Papua-Neuguinea, erklärte der Minister. (*Post-Courier* 13.11.14, *ABC* 13.11.14)

Anerkennung der Papua-Flüchtlinge

Im kommenden Jahr will Außenminister Rimbink Pato Flüchtlingen aus den indonesischen Provinzen Papua und West-Papua eine Aufenthaltserlaubnis für Papua-Neuguinea erteilen. Das habe er mit dem Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen vereinbart, so der Minister. Zum Teil lebten die Flüchtlinge aus Papua schon seit Jahren mehr oder weniger legal im Grenzgebiet zwischen Indonesien und dem seit 1975 unabhängigen Staat Papua-Neuguinea. Viele von ihnen erfüllten die Kriterien für die Vergabe eines Aufenthaltsvisums, erklärte der Minister.

Anfallende Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen oder anderen Identitätsnachweisen für die Papua-Flüchtlinge würden von der Regierung übernommen, so Pato.

Info: Allein in den Flüchtlingscamps in East Awin leben nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerkes 9.782 Papuas. (*Radio NZ Intern.* 06.11.14, <http://www.unhcr.org/50001a729.html>)

Taskforce gegen Polizeigewalt

Die Regierung will eine Taskforce einrichten, die sich der Gewalt durch Polizisten annehmen soll. Das gab Premierminister Peter O'Neill im Rahmen einer Frage- und Antwort-Stunde im Parlament bekannt. O'Neill wandte sich dabei direkt an den für die Polizei zuständigen Minister Robert Atiyafa und ermahnte diesen, der Disziplinlosigkeit und den brutalen Attacken von Polizisten endlich einen Riegel vorzuschieben. Als großes Problem bezeichnete der Premier die Arbeitseinstellung der Polizisten. Sie fühlten sich nicht dem Wohl des Staates und seiner Bevölkerung verpflichtet, sondern ließen sich oft von Privatleuten oder Firmen bestechen, um Verbrechen zu kaschieren.

Die neue Taskforce soll aus bis zu 30 Polizistinnen und Polizisten bestehen. Ihre Hauptaufgabe wird es sein, die Disziplin in den Truppen wiederherzustellen. Die Taskforce soll auch in internen Lehrgängen den Polizisten vermitteln, dass sie der Bevölkerung Respekt entgegenbringen müssen. Dazu gehöre auch die Nicht-Anwendung von Gewalt bei der Festnahme potentieller Täter. Die Polizei habe sich durch ihr brutales Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung ein sehr schlechtes öffentliches Image zugelegt, bedauerte der Premier.

Er kündigte des Weiteren die Einrichtung einer Telefon-Hotline ein. Hier können Bürger das Missverhalten von Polizisten melden und

auf Korruptionsfälle im Polizeiapparat hinweisen. (*ABC* 23.10.14, *Post-Courier* 23.10.14)

Kampagne zum Schutz vor Tuberkulose

Der neuguineische Premierminister Peter O'Neill hat zum 1. Oktober eine neue Kampagne zur Aufklärung über die bakterielle Infektionskrankheit Tuberkulose eingeweiht. Mit Plakaten an öffentlichen Plätzen und in Schulen, SMS-Nachrichten an Handybesitzer, Zeitungsartikeln sowie Radio- und Fernsehspots soll die Bevölkerung über die Symptome, Ansteckungswege und Heilungschancen dieser lebensbedrohenden Krankheit aufgeklärt werden. Schwerpunkte der diesjährigen Kampagne sind die Provinzen National Capital District, Gulf und Western, wo die höchste Zahl an Erkrankungen gemeldet wurde. Derzeit sind in Neuguinea offiziell 23.000 Personen an Tuberkulose erkrankt, die Dunkelziffer liegt vermutlich höher.

Der Premierminister erklärte, die Regierung werde den Kampf gegen die Krankheit verstärken. Es gebe enge Absprachen mit dem Gesundheitsministerium. Das Budget für die Bekämpfung der Krankheit sei erhöht worden. Die Behandlung von Tuberkulose-Patienten sei generell kostenfrei, betonte der Premier. Es sei wichtig, zügig nach der Entdeckung von Symptomen mit der Behandlung zu beginnen, um vor allem Familienangehörige vor der Ansteckung (Tröpfcheninfektion) zu schützen.

Info: Tuberkulose wird durch Mykobakterien verursacht und befällt bei Menschen überwiegend die Lunge. Sie führt die weltweite Statistik der tödlichen Infektionskrankheiten an. 2012 starben daran nach dem *Global Tuberculosis Report* der Weltgesundheitsorganisation etwa 1,3 Millionen Menschen, von denen 320.000 zusätzlich HIV-positiv waren. Die Therapie mit Antibiotika ist langwierig. (*Wikipedia*, *Post-Courier* 01.10.14)

Neue Fluglinie

Die einheimische Fluglinie *Air Niugini* hat im 41. Jahr ihres Bestehens eine neue Billig-Fluglinie eingeweiht. Der Geschäftsmann Paul Nerau nahm am 1. November die „Link PNG“ auf dem Flughafen von Nadzab offiziell in Betrieb. Die Fluglinie gehört zwar zu *Air Niugini*, wird aber von privaten Investoren mitfinanziert. Sie soll außerhalb der Haupttrouten auch entfernte Regionen anfliegen. Piloten und Servicepersonal sind über die *Air Niugini* eingestellt. Geschäftsführer von Link PNG ist Daniel Wanma. (*Post-Courier* 03.11.14, <http://centreforaviation.com/news/air-niugini-launches-lcc-subsidiary-called-link-png-to-commence-operations-on-01-nov-2014-384226>)

BOUGAINVILLE

Symbolische Seebestattung

Bei einer symbolischen Seebestattung in der Meeresstraße zwischen den Inseln Buka und Bougainville haben rund 200 Angehörige von Opfern der Bougainville-Krise am 10. November ihrer verstorbenen Angehörigen gedacht. Mit einem Schiff waren die Familien auf das Meer gefahren, um von Bord Blumenkränze zur Erinnerung an die Toten in das Meer zu werfen. Die Kränze standen symbolisch für die vielen Toten, die während der Bougainville-Krise ums Leben kamen und deren Leichen nie gefunden wurden.

Tobias Koehler, Vertreter des *Internationalen Roten Kreuzes* von Papua-Neuguinea, der die Zeremonie organisiert hatte, erklärte, viele Familien litten nach wie vor unter Traumata. Koehler unterstrich die hohe kulturelle Bedeutung einer Bestattungszeremonie mit der anschließenden Beerdigung. Diese Feier sei sehr wichtig für die Bougainvilleans, setze sie doch den Schlusspunkt unter das „Haus Krai“ (Trauerfeier im Haus des Verstorbenen). Das Grab eines Verstorbenen gehöre kulturell

nach wie vor „zur Familie“ und ohne Gräber hätten die Menschen keinen festen Ort zum Trauern und Beten.

Mit der symbolischen Seebestattung habe man den Menschen die Möglichkeit geben wollen, ihre verstorbenen Angehörigen offiziell aus dem Leben zu verabschieden, sagte Koehler.

Info: Der neuguineische Zweig des *Internationalen Roten Kreuzes* engagiert sich seit 2012 in der Versöhnungs- und Traumaarbeit auf Bougainville und hat in der Vergangenheit schon etliche Versöhnungszeremonien initiiert. (<http://www.pngloop.com/2014/11/04/seafarewell-bougainville-crisis-victims/>, *ABC* 05.11.14)

† Alexis Sarei

Ende September verstarb im Dorf Gagan auf Buka nach langer Krankheit im Alter von 80 Jahren Dr. Alexis Sarei, einer der profiliertesten Politiker von Papua-Neuguinea.

Alexis Holyweek Sarei wurde am 25. März 1934 geboren. Der ehemalige katholische Priester wandte sich schon früh der Politik zu. Von 1973 bis 1975 war er der erste Distrikt-Bevollmächtigte auf den Nördlichen Salomonen, von 1975 bis 1976 dann Präsident der „Republik der Nördlichen Salomonen“. Von 1976 bis 1980 und von 1984 bis 1987 war Sarei Premierminister in der Provinzregierung der Nördlichen Salomonen. Später wurde Sarei der neuguineische Botschafter in London. Nach weiteren Jahren als neuguineischer Botschafter in Amerika war er gemeinsam mit seiner Frau Claire, die bereits 2011 starb, im Jahr 2005 nach Bougainville zurückgekehrt, wo er sich als Kandidat für das Parlament der Autonomen Republik Bougainville aufstellen ließ und auch gewählt wurde.

Sarei hinterlässt einen Sohn und eine Tochter sowie zahlreiche Enkelkinder.

(http://asopa.typepad.com/asopa_people/2014/09/dr-alexis-sarei-priest-politician-diplomat-dies-at-80.html, <http://www.pngloop.com/2014/09/23/momispays-tribute-late-dr-sarei/>)

Radio Ples Lain

Die autonome Regierung von Bougainville (ABG) hat Anfang November erstmals erfolgreich eine mobile Sendestation getestet. Aus dem Büro der Ältesten im Bezirk Halia auf Nord-Bougainville sendete der Radiosender „Radio Ples Lain“ von 17:00 bis 20:00 Uhr an zwei aufeinanderfolgenden Tagen im Testbetrieb. Mit der mobilen Sendestation konnten 500 Personen erreicht werden.

Robert Aneisia, der Direktor der Abteilung für Medien und Kommunikation im ABG, erklärte, viele Menschen hätten damit zum ersten Mal einen Lokalsender hören können. Durch den gemeindeförmigen Aufbau der lokalen Radiostation könnten zukünftig auch Gemeindeversammlungen und Diskussionsveranstaltungen live übertragen werden. Neben vorproduzierten Beiträgen soll „Radio Ples Lain“ auch aktuelle Ratschläge und Informationen von Polizei und Staat senden.

Der Sender wirbt mit dem Slogan: „Maus bilong yumi yet“ (dt. Unsere Stimme). Die tragbare Radiosendestation wurde vom ABG mit vier Millionen Kina gefördert, weitere zwei Millionen Kina kommen von der staatlichen australischen Entwicklungshilfeorganisation AUSAid. Die Station soll zukünftig rotierend in den Dörfern im Einsatz sein. (*The National* 18.11.14, <http://bougainvilleneews.com/tag/radio-ples-lain/>)

SALOMONEN

Überraschende Wahlergebnisse

Am 19. November fanden die ersten freien Wahlen seit Abzug der *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands* Mitte 2013 statt. Nach Angaben von unabhängigen Wahlbeobachtern unter Leitung des neuguineischen Politikers Sir Mekere Morauta verlief die Wahl friedlich, frei und fair. Rund 1.000 Polizisten waren im Einsatz, darunter allein 600 in der

Hauptstadt Honiara.

Die Wahlberechtigten hatten sich bereits ab Mai biometrisch registrieren lassen müssen, um Doppelwahlen ausschließen zu können. Bei den letzten Wahlen 2011 hatte es bei der Wählerregistrierung Unregelmäßigkeiten gegeben. Die 290.000 Wahlberechtigten ab 18 Jahren konnten in landesweit 867 Wahlbüros ihre Stimme abgeben. Nicht wählen durften im Ausland lebende Solomon Islander.

Zu den Wahlen waren 443 Kandidaten (Mindestalter: 21 Jahre) zugelassen worden. Sie kämpften um die 50 Sitze im Parlament der Salomonen. Letztlich wurden 32 der Sitze an parteilose Kandidaten vergeben. Insgesamt 12 politische Parteien hatten sich für die Wahlen registrieren lassen. Mit sieben Sitzen ist die *Democratic Alliance Party* die stärkste Partei im Parlament. Sie verlor jedoch im Vergleich zu den letzten Wahlen 2011 fünf Sitze. Zweitstärkste Partei mit fünf Sitzen wurde die erstmals angetretene *United Democratic Party*. Die *People's Alliance Party* kam auf drei Sitze.

Von den 26 Kandidatinnen wurde nur eine Frau in das neue Parlament gewählt: Die Geschäftsfrau Freda Soria Comua gewann die Wahlen in ihrem Wahlbezirk Temotu/Vatud mit 22 Stimmen Vorsprung gegen ihre männlichen Herausforderer. Die einzige Parlamentarierin im letzten Parlament, Vika Lusibaea, wurde nicht wiedergewählt. Insgesamt wurden 35 Kandidaten des alten Parlamentes auch wieder in das neue gewählt.

Überraschend verlor der amtierende Premierminister Gordon Darcy Lilo die Wahl in seinem Wahlbezirk Gizo/Kolombangara. Für diesen Wahlbezirk saß Lilo seit 2001 im Parlament, darunter auch von November 2011 bis dato als Premierminister. Lilo bekam 200 Stimmen weniger als sein Herausforderer, sein Neffe Jimson Fiau Tanangada. Auf Tanangada von der *United Democratic Party* entfielen 2.000 Stimmen.

Tanangada ist Realschullehrer und hat einen Bachelor-Abschluss von der *Pacific Adventist University* in Papua-Neuguinea.

Die Koalitionsverhandlungen laufen derzeit, dazu sind die neugewählten Parlamentarier in der Hauptstadt Honiara zusammengekommen. (ABC 19.11., 24.11.14, <http://www.lowyinterpreter.org/post/2014/11/25/Solomon-Islands-needs-a-parliament-that-will-deliver-results.aspx?COLLCC=3874029232&,.Wikipedia>)

Erste Schokolade aus eigenem Kakao

Ende September ist auf dem australischen Markt die erste, aus einheimischen Kakao produzierte, Vollmilchschokolade zum Preis von 8,50 AUS-Dollar pro 100g-Tafel herausgekommen. Die Firma *C-Corp Solomon Islands Limited* hat nach Angaben ihres geschäftsführenden Direktors Clive Carroll sechs Jahre an der Marktreife des Produktes gearbeitet. Ziel war die Herstellung einer Premium-Bio-Schokolade mit Kakao aus nachhaltiger Bewirtschaftung und ohne den Zusatz von Geschmacks- und Konservierungsstoffen.

Als australischen Kooperationspartner konnte C-Corp die renommierte Schokoladenmanufaktur *Charley's Chocolate* gewinnen, die die aus den Salomonen stammenden Kakaobohnen nun in Australien zu Schokolade verarbeitet und auf den Markt bringt. Noch im Laufe dieses Monats soll die Schokolade auch in den Supermärkten in den Salomonen erhältlich sein.

Carroll plant zukünftig den Markteintritt auch in Neuseeland und träumt längerfristig von einem Export der Schokolade nach Europa und Japan.

Die Kakaobohnen stammen überwiegend aus den Provinzen Guadalcanal und Makira, wo sich der Anbau von Kakaobäumen zu einem wichtigen Wirtschaftszweig

für Kleinbauern entwickelt hat. Für die Herstellung der Premium-Schokolade werden nur die besten 5% einer Kakaoernte verarbeitet, so erklärt sich auch der hohe Preis für die 100 g Tafel (ca. 5,80 €). (*Solomon Star* 30.09.14, <http://www.charleys.com.au/charleys-chocolate-factory/>, *Solomon Star* 30.09.14)

Neues Gesetz gegen häusliche Gewalt

Bereits Ende August hat das Parlament das *Family Violence Bill* verabschiedet. Das neue Gesetz stellt häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder als Straftatbestand fest und ahndet diese Taten mit einer Haftstrafe von bis zu drei Jahren sowie mit einer Geldstrafe in Höhe von bis zu 30.000 SI-Dollar (ca. 3.200 €).

Nach Angaben des salomonischen Statistikamtes erleben zwei von drei Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren mindestens einmal im Leben Gewalt in Ehe oder Partnerschaft. Mit „Gewalt“ ist laut Gesetzestext nicht nur die physische Gewaltausübung zwischen Familienangehörigen gemeint, sondern auch die sexuelle Unterdrückung von Frauen (sprich: Vergewaltigung in der Ehe), die psychische Gewalt sowie die wirtschaftliche Gewalt in Form von Ausbeutung.

Der *National Council of Women* begrüßte das neue Gesetz. Die Ministerin für Frauen und Familie, Ethel Sigamanu, sagte, sie habe die Gesetzesvorlage im Laufe von fünf Jahren ausgearbeitet und zur Vorlage im Parlament gebracht. Nun sei es höchste Zeit, dass das Gesetz in Kraft trete. (ABC 28.08.14, <http://www.parliament.gov.sb/index.php?q=node/816>, <http://www.islandsbusiness.com/news/solomon-islands/6076/family-protection-bill-receives-support/>)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied und 2. Vorstand Oliver Hasenkamp, Berlin.]

Bainimarama gewinnt Wahlen

Am 17. September 2014 haben erstmals seit 2006 wieder demokratische Wahlen in Fidschi stattgefunden. Bei den Wahlen hat die Partei *FijiFirst* des früheren Militärführers und Übergangspräsidenten Voreqe Bainimarama die absolute Mehrheit erzielt. Die Partei erhielt landesweit 59,2% der Stimmen und stellt 32 der insgesamt 50 Abgeordneten des neuen fidschianischen Parlaments. In das Parlament zogen außerdem nur zwei der weiteren sechs angetretenen Parteien ein: Die *Social Democratic Liberal Party* (SODELPA, Nachfolger der früheren Partei *Soqosoqo Duavata ni Lewenivanua*), die mit 28,2% der Stimmen 15 Parlamentssitze erhält, und die *National Federation Party* (NFP), die mit 5,5% auf drei Sitze kommt.

Die traditionsreiche *Fiji Labour Party* (FLP) stürzte den offiziellen Ergebnissen zur Folge auf 2,6% ab und erhielt somit noch weniger Stimmen als die von Gewerkschaftlern neugegründete *People's Democratic Party* (PDP), die auf 3,2% der Stimmen kam. Wahlumfragen zur Folge hängt das schlechte Abschneiden der *Labour Party* insbesondere damit zusammen, dass ihre frühere Wählerklientel der indischstämmigen Fidschianer in großer Anzahl zu *FijiFirst* geströmt ist.

Die *One Fiji Party* (OFP) und die *Fiji United Freedom Party* (FUFP) scheiterten mit 1,2% bzw. 0,2% ebenfalls mit dem Einzug ins Parlament.

Während internationale Wahlbeobachterteams keine großen Zwischenfälle bei den Wahlen meldeten, weigerten sich die Anführer der Parteien, welche den Einzug ins Parlament verfehlten, das Ergebnis anzuerkennen und berichteten von teilweise massiven Behinderungen. Mehrere Kandidaten durften nach einer kurzfristi-

gen Änderung des Wahlgesetzes nicht wie geplant antreten. Außerdem wurde der Anführer der *Fiji Labour Party*, der frühere Premierminister Mahendra Chaudhry, wenige Tage vor der Wahl wegen Steuerhinterziehung verurteilt (*siehe letzte Ausgabe der pazifik aktuell*).

Kurz nach der Wahl trat das neue Parlament erstmals zusammen und bestätigte den seit 2006 amtierenden selbsternannten Übergangspräsidenten Bainimarama als neuen, nun gewählten Regierungschef. Am 22. September wurde er in seinem Amt vereidigt. Zahlreiche der Minister aus dem früheren Regierungskabinet gehören nun auch dem Parlament und der neuen Regierung an. Oppositionsführerin ist Teimumu Vuikaba Kepa, die Vorsitzende der größten Oppositionspartei *SODELPA*. Die absolute Mehrheit von *FijiFirst* gibt Premierminister Bainimarama und seinem Kabinet die Möglichkeit, weiterhin weitgehend eigenständig und ohne große Widerstände im Parlament zu regieren.

Hinweis O.H.: Weitere Informationen zum Wahlkampf und den Ereignissen, die der Wahl vorausgegangen sind, finden sich in der letzten Ausgabe der pazifik aktuell, welche kurz vor der Wahl erschienen ist.

(Islands Business Oktober 2014, Islands Business Online 18.9.14, 22.9.14, Deutsche Welle 17.9.14, 18.9.14, 21.9.14, 22.9.14, Fiji Election Office, Wikipedia)

Fidschi lehnt Rückkehr ins Pacific Islands Forum ab

Nach der Durchführung der Wahlen in Fidschi ist die Suspendierung des Staates vom *Pacific Islands Forum* (PIF), der bisher wichtigsten regionalen Organisation in Ozeanien, aufgehoben worden. Dies gab der derzeitige Vorsitzende des Forums, der palauische Präsident Tommy Remengesau, am 24. Oktober 2014 nach einem einstimmigen Beschluss der Mitgliedsstaaten der Organisation bekannt. Der Beschluss zur Suspendie-

rung von Fidschis aktiver Teilnahme im *Pacific Islands Forum* aus dem Jahr 2009 hatte stets vorgesehen, dass die Suspendierung mit der Durchführung demokratischer Wahlen endet. Die fidschianische Regierung hat nun jedoch mitgeteilt, dass sie vorerst kein Interesse daran hat, wieder aktiv in der Organisation mitzuarbeiten. Dies ist ein schwerer Schlag für das Forum, welches bereits in den vergangenen Jahren aufgrund der Suspendierung Fidschis einen Bedeutungsverlust hinnehmen musste. Wie der fidschianische Außenminister Ratu Inoke Kubuabola sagte, müssten zunächst gravierende Reformen des *Pacific Islands Forum* vorgenommen werden, bevor Fidschi wieder aktiv in der Organisation mitwirke. Insbesondere fordert Fidschi von Australien und Neuseeland, dass sie ihre Vollmitgliedschaft in der Organisation überdenken müssten. Entweder müssten die beiden Staaten in Zukunft wie andere Partner als Entwicklungspartner eingestuft werden, oder auch Staaten wie China, Japan oder den USA müsse eine vollwertige Mitgliedschaft angeboten werden.

Australien und Neuseeland tragen einen Großteil der finanziellen Ausgaben des *Pacific Islands Forums*, haben daher großen Einfluss in der Region und gelten als die Akteure, welche Fidschis Suspendierung 2009 vorangetrieben haben.

Außenminister Kubuabola unterstrich, dass Fidschi seine Aktivitäten in der regionalen Kooperation derzeit eindeutig im Rahmen des *Pacific Islands Development Forums* (PIDF) verorte, einer Organisation, die Fidschi nach seiner Suspendierung aus dem *Pacific Islands Forum* gegründet hatte, um die gegen das Land verhängten Sanktionen zu umgehen. Australien und Neuseeland gehören dem PIDF nicht an.

Die größte im fidschianischen Parlament vertretene Oppositionspartei, die *Social Democratic Liberal Party*, verkündete hingegen, sie begrüße die Aufhebung der Suspendierung. Die Entscheidung der Regierung, eine

Rückkehr ins Forum abzulehnen, sei ein falscher und hinterhältiger Versuch, Australien und Neuseeland zu bestrafen, so die Oppositionsführerin Teimumu Vuikaba Kepa. Dies verleugne die guten und engen historischen Beziehungen der beiden Staaten, die „wahre Freunde“ seien, zu den pazifischen Inseln. (*Islands Business November 2014, Islands Business Online 27.11.14, ABC 24.10.14, Fiji Sun 26.10.14*)

Syrische Al-Nusra-Front lässt 45 fidschianische Geiseln frei

Wie in der letzten Ausgabe der *pazifik aktuell* berichtet, sind am 28. August 2014 45 fidschianische Soldaten, welche im Rahmen der *United Nations Disengagement Observer Force* (UNDOF) auf den Golan-Höhen zur Überwachung der Grenze zwischen Israel und Syrien Dienst tun, von der syrischen Rebellengruppe *Al-Nusra* gefangen genommen worden. Kurz nach Erscheinen der letzten Ausgabe der *pazifik aktuell* sind am 11. September 2014 alle fidschianischen Soldaten unverletzt aus der Geiselhaft entlassen worden. Vorausgegangen waren Gespräche zwischen den Vereinten Nationen, den Geiselnehmern und der fidschianischen Regierung. Ob ein Lösegeld gezahlt worden ist, wurde offiziell nicht bestätigt. Die Al-Nusra-Front hatte unter anderem gefordert, dass sie und der mit ihr verbündete *Islamische Staat* (IS) von der Liste der Terrororganisationen entfernt werden sollen. Allerdings soll auch das Emirat Katar vom Persischen Golf an den Verhandlungen beteiligt gewesen sein. Dem Staat, der inzwischen an der Seite der USA mit Luftschlägen gegen den Islamischen Staat vorgeht, sind lange Zeit enge inoffizielle Verbindungen zu der Terrororganisation und weiteren islamischen Rebellengruppen in Syrien nachgesagt worden. So liegt die Vermutung nahe, dass vor allem Katars Einfluss auf die Miliz eine erhebliche Rolle bei der Befreiung der Geiseln gespielt haben könnte. In diesem Fall

dürften Fidschi seine seit einigen Jahren vorangetriebenen Bemühungen zum Aufbau diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten zugute gekommen sein. Der Staat hatte am Rande von UN-Konferenzen in New York unter anderem Treffen zwischen Vertretern pazifischer Inselstaaten und Vertretern der Mitgliedsstaaten des Golf-Kooperationsrats – unter anderem die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und Katar – initiiert.

Der israelische Fernsehsender *Channel 2* berichtete unter Berufung auf unterschiedliche Quellen beispielsweise, dass Katar treuhänderisch für die Vereinten Nationen 25 Millionen US-Dollar (ca. 20 Millionen €) an Lösegeld an die Geiselnnehmer übergeben hat. In der öffentlichen Berichterstattung über die Entführung war teilweise auch von 43 oder 44 entführten fidschianischen Soldaten die Rede. Außerdem waren weitere philippinische Soldaten von der islamistischen Miliz eingekesselt worden, konnten sich aber einen Fluchtweg freikämpfen. (*Deutsche Welle 11.9.14, Daily Mail 12.9.14, Times of Israel 10.10.14*)

Staats- und Regierungschefs aus China und Indien besuchen Fidschi

Im November haben sowohl der chinesische Präsident Xi Jinping als auch der indische Premierminister Narendra Modi Fidschi besucht und sind dabei auch mit hochrangigen Vertretern weiterer Staaten aus dem Pazifik zusammengetroffen. Modi reiste als erster indischer Regierungschef seit 1981 im Anschluss an den G20-Gipfel im australischen Brisbane nach Fidschi. Dort traf er unter anderem mit dem fidschianischen Premierminister Voreqe Bainimarama zusammen und richtete sich in einer Ansprache an das neugewählte fidschianische Parlament. Überschattet wurde die Rede Modis von einem Boykott durch führende Mitglieder der oppositionellen *Social Democratic Liberal Party*. Oppositionsführerin

Teimumu Vuikaba Kepa begründete den Boykott damit, dass ihrer Partei das Recht verweigert worden sei, ebenso wie fidschianische Regierungsvertreter eine Begrüßungsrede zu halten und persönlich mit Modi zu sprechen. Als Nachfolger der früheren Partei *Soqosoqo Duavata ni Lewenivanua* sehen viele Beobachter sie aber auch als Sprachrohr insbesondere der radikaleren indigenen Fidschianer.

Wie der australische Fernsehsender *ABC* berichtete, wurde Modi bei seiner Ankunft in Fidschi euphorisch empfangen und regelrecht wie ein Rockstar gefeiert. Zu dem Besuch Modis in Fidschi hatte die indische Regierung auch Vertreter aus allen anderen pazifischen Inselstaaten eingeladen. An einem „Mini-Gipfeltreffen“ in Suva nahmen daher zahlreiche Regierungs- und Staatschefs aus dem Pazifik sowie weitere hochrangige Regierungsvertreter aus der Region teil. Beobachter sind sich einig, dass der Besuch aus Indien vor allem vor dem Hintergrund des steigenden chinesischen Einflusses im Pazifik zustande gekommen ist.

So war es sicherlich auch kein Zufall, dass der chinesische Präsident Xi Jinping nur wenige Tage nach Modi – ebenso im Nachgang des G20-Gipfels – ebenfalls Fidschi bereiste. Der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama sagte, er könne es selbst kaum glauben, dass Fidschi die Ehre erhalte, in so kurzer Zeit von zwei der wichtigsten Weltpolitiker besucht zu werden. Auch Xi traf neben fidschianischen Regierungsvertretern die Staats- oder Regierungschefs von den weiteren sieben pazifischen Inselstaaten, welche die Volksrepublik China (und nicht Taiwan) anerkennen. Somit dürften beide Besuche auch Fidschis Rolle als regionales diplomatisches und politisches Drehkreuz gestärkt haben.

Xi versprach den anwesenden pazifischen Vertretern, China werde – anders als zum Beispiel Europa, Australien und Neusee-

land – auch zukünftig keinerlei Bedingungen an die Vergabe von Entwicklungshilfe knüpfen. Er ermutigte die pazifischen Inselstaaten außerdem dazu, von Chinas raschem Wirtschaftswachstum zu lernen und versprach ihnen eine Ausweitung der Kooperation bei Handel, Landwirtschaft, Fischerei, Energie und Infrastruktur. Darüber hinaus will China 2.000 Stipendien für Studierende aus pazifischen Staaten zur Verfügung stellen und den Tourismus in die Region fördern.

Die fidschianische Politikwissenschaftlerin Dr. Sandra Tarte sagte dem Fernsehsender *Fiji TV*, der Besuch von Xi sei für Fidschi und die gesamte Region beispiellos. Sie vermute, dass China seinen Einfluss in der Region weiter ausbauen werde und dies sogar auf die Staaten übergreifen könnte, die derzeit noch Taiwan anerkennen. (*Islands Business* 27.10.14, 10.11.14, 24.11.14, *Fiji Live* 7.10.14, *ABC* 17.11.14, 19.11.14)

Internationale Militärs nehmen Kooperation mit fidschianischer Armee wieder auf

In Folge der Durchführung von demokratischen Wahlen in Fidschi im September haben verschiedene Staaten angekündigt, ihre Militärkooperation mit dem Land wieder aufzunehmen oder zu intensivieren. Darunter befinden sich unter anderem Großbritannien, Frankreich und Australien, welches Fidschi und insbesondere das Militär vor den Wahlen mit Sanktionen belegt hatte.

So bestätigte die australische Außenministerin Julie Bishop bereits wenige Tage nach der Wahl, dass Australien sein „Defense Cooperation Program“ mit Fidschi wieder aufzunehmen plane. Zunächst sollen Einschränkungen insbesondere bei Waffenexporten jedoch weiterhin aufrechterhalten werden. Hingegen solle es einen engeren und besseren Informationsaustausch geben. Australien habe, so Bishop, der fidschiani-

schen Armee bereits geheimdienstliche Informationen zukommen lassen, um die Freilassung der in Syrien verschleppten fidschianischen Soldaten (siehe oben) zu gewährleisten. Im Laufe des Jahres hatte Australien im Hinblick auf die fidschianischen Wahlen schrittweise Sanktionen gegen Fidschi und sein Militär, insbesondere Reisesanktionen gegen Regierungs- und Militärangehörige, aufgehoben.

Großbritannien hat währenddessen angekündigt, dass 72 fidschianische Soldaten an einem zweiwöchigen Training der britischen Armee teilnehmen werden, in dem es unter anderem um Psychologie, Führungsqualitäten und Öffentlichkeits- und Medienarbeit geht. Der britische Honorarkonsul in Fidschi, Daniel Salter, sagte, das Programm würde Fidschi insgesamt zugute kommen, insbesondere aber den Teilnehmern persönlich. Er lobte außerdem die wichtige Rolle, die Fidschi in den internationalen UN-Friedenseinsätzen spiele und unterstrich die engen Verbindungen zwischen den beiden Staaten, da hunderte Fidschianer bis heute in der britischen Armee dienten. Großbritannien unterhält auf Fidschi ein „British Army Support Office“, welches sich insbesondere um Fidschianer, die früher in der britischen Armee gedient haben, sowie deren Angehörige kümmert.

Auch der Armeechef der französischen Soldaten in Kanaky (Neukaledonien) hat Fidschi im Oktober besucht, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit seinem fidschianischen Counterpart, Brigadier Mosese Tikoitoga, zu beraten. Er verwies allerdings darauf, dass das erste Treffen noch nicht das Ziel hatte, konkrete gemeinsame Aktionen zu verabreden, sondern lediglich das gegenseitige Verständnis zu verbessern und Gemeinsamkeiten herauszustellen, um eine Basis für zukünftige Kooperationen zu schaffen.

Der damalige französische Botschafter in Fidschi, Gilles Mon-

tagnier, sagte ebenfalls im Oktober, er unterstütze, dass sein Land unter den ersten sei, die wieder offizielle Militärbeziehungen zu Fidschi aufnahmen.

Auch im nicht-militärischen Bereich haben sich neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnet: So konnte eine Delegation neugewählter fidschianischer Abgeordneter im Oktober das neuseeländische Parlament in Wellington besuchen, um sich über die Funktions- und Arbeitsweise der Institution zu informieren und praktische Anregungen für die Parlamentsarbeit in Fidschi mitzunehmen. Ermöglicht wurde der Austausch zwischen den Parlamentariern durch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), welches von der früheren neuseeländischen Premierministerin Helen Clark geleitet wird und unter anderem eine Repräsentanz für den Pazifik-Raum in der fidschianischen Hauptstadt Suva unterhält. (*Islands Business* 30.9.14, 27.10.14, 28.10.14, 4.11.14)

VANUATU

Neuer Präsident

Father Baldwin Lonsdale von der Insel Motalava in der Provinz Torba ist der achte Präsident Vanuatus. Das hat das „Collège electoral“, ein Gremium aus Mitgliedern der Nationalversammlung sowie den sechs Präsidenten der sechs vanuatischen Provinzen, nach einwöchigen Beratungen entschieden. Das Gremium wählt traditionell den Präsidenten des Staates.

Die 58 Mitglieder des Wahlgremiums konnten sich zunächst nicht für einen der Kandidaten entscheiden. Für das Amt des Präsidenten kandidierten u.a. die ehemaligen Premierminister Barack Sopé und Maxime Carlot.

Nach sieben beratenden Sitzungen entschieden sich 46 Gremienmitglieder für die Wahl von Father Lonsdale. Der anglikanische Priester nahm die Wahl an. Mit ihm ist bereits zum zweiten

Mal ein anglikanischer Priester zum Staatspräsidenten gewählt worden.

Der 66-jährige Lonsdale machte zunächst eine Ausbildung als Verwaltungsangestellter im Öffentlichen Dienst und arbeitete als Angestellter für die Provinzregierung von Torba. Später absolvierte er eine Priesterausbildung und wurde zum Priester der *Anglican Church of Vanuatu* geweiht.

Info: In Vanuatu führt der Premierminister die politischen Geschäfte, der Präsident hat rein repräsentative Funktion. Er soll vor allem nach außen hin das Land vertreten und die Einheit des Staates symbolisieren. Vorgänger von Lonsdale war in den letzten fünf Jahren Iolu Abbil, der sich wegen seines schlechten Gesundheitszustands aber überwiegend in Australien aufhielt. (*Flash d'Océanie* 22.09.14, *Vanuatu Daily Post* 22.09.14)

EU-Gelder bewilligt

Für die nächsten sechs Jahre stellt die Europäische Union dem Staat Vanuatu 31 Millionen Euro zur Verfügung. Die Gelder sollen vor allem in die Entwicklung des ländlichen Raumes sowie in landwirtschaftliche Projekte investiert werden. Außerdem sollen damit in den sechs Provinzen touristische Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden, wie z.B. der Bau von Ferienbungalows für ausländische Besucher.

Der vanuatische Botschafter bei der Europäischen Union, Roy Mickey Joy, sagte, die hohe Fördersumme sei auch eine Art von Entschädigung für den Umzug des EU-Koordinierungsbüros aus Port Vila nach Honiara (Salomonen). (*Vanuatu Daily Post* 05.11.14, *Radio NZ Intern.* 05.11.14)

Vanuatu von Liste gestrichen

Die Europäische Kommission hat Vanuatu aus der Liste der Länder gestrichen, die nicht genügend

Maßnahmen gegen illegale Fischerei ergreifen. Im November 2012 hatten die Länder Vanuatu, Fidschi, Belize, Panama und Togo vom Fischereibeauftragten der Europäischen Kommission die so genannte „gelbe Karte“ bekommen - eine letzte Verwarnung vor dem Ergreifen von Sanktionen gegen Fischprodukte aus den jeweiligen Ländern.

Bei der periodischen Überprüfung genau ein Jahr später zeigten sich die Beobachter zufrieden über die aktuelle Situation in Vanuatu: Das Parlament habe bessere Gesetze zum Schutz vor illegalem Fischfang verabschiedet, die Gewässer würden engmaschiger überwacht und die ausländischen Fischtrawler regelmäßiger überprüft. Damit konnte Vanuatu (ebenso wie Fidschi) von der Liste der gefährdeten Länder gestrichen werden.

Derzeit hat die Europäische Kommission den Import von Fischereiprodukten aus Sri Lanka in die Europäische Union untersagt. Sri Lanka habe kein ausreichendes Kontrollsystem zur Überwachung illegaler Fischerei etabliert, hieß es. Auf dem Prüfstand steht auch Papua-Neuguinea. Hier sprach die Kommission bereits im Juni des Jahres eine „gelbe Karte“ aus. Sechs Monate hatte PNG Zeit, Maßnahmen gegen illegalen Fischfang zu ergreifen. (*Radio NZ Intern.* 15.10.14, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-584_en.htm)

Neuer Botschafter

Alain du Boispeán ist neuer französischer Botschafter für Vanuatu. Er war am 30. Juni zum Nachfolger von Michel Djokovic ernannt worden und Ende Oktober als Botschafter vom seit September 2014 amtierenden neuen vanuatischen Staatspräsidenten Baldwin Lonsdale akkreditiert worden.

Info: Der 1951 geborene Absolvent der französischen Elite-Hochschule Sciences-Pô war weltweit in diplomatischen Diensten Frankreichs, u.a. in Japan, in

Tansania, im Tschad, in Malaysia und bei den Vereinten Nationen. Seit März 2013 war du Boispeán Wirtschaftsberater und diplomatischer Vertreter im französischen Limousin.

(<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000029176017>, <http://www.ambafrance-vu.org>)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dr. Matthias Kowasch, Bremen.]

Frankreichs Präsident Hollande zu Besuch

In einem Interview beim Fernsehsender „Calédonie 1^{ière}“ äußerte sich Frankreichs Präsident François Hollande am 17. November 2014 über seinen Besuch in Neukaledonien. Das Interview wurde im Kulturzentrum *Centre Jean-Marie Tjibaou*, welches nach dem 1989 ermordeten Unabhängigkeitskämpfer J.-M. Tjibaou benannt wurde, geführt. Hollande sprach die Errungenschaften der letzten 25 Jahre, aber auch die Probleme des Landes an. Er lobte das Koniambo-Projekt (eine im Jahr 2013 fertiggestellte Nickelfabrik in der mehrheitlich von Kanak bewohnten Nordprovinz des Landes) als die „schönste Fabrik“ der Region und stellte die Qualität der touristischen Infrastruktur positiv heraus. Gesellschaftliche Probleme sieht Hollande in der Ausbildung von Jugendlichen, in den wachsenden Ungleichheiten und bei Fragen der Kriminalität. Insbesondere Teile der Kanak-Jugend seien sozial marginalisiert, was Auswirkungen auf die gesamte neukaledonische Gesellschaft habe. Zur Frage der Entkolonialisierung äußerte der Präsident, dass Frankreich immer an der Seite Neukaledoniens stehen werde, egal welchen politischen Status das Land eines Tages besitzen werde. Laut Hollande wurde Frankreichs Präsenz im Südpazifik von den Nachbarstaaten noch vor ein paar Jahren sehr kritisch gesehen, heute hingegen

sei sie erwünscht.

Der australische Premierminister Tony Abbot, der Hollande im Anschluss an seinen Besuch in Neukaledonien empfangen hat, bemerkte: „*Dank Neukaledonien ist Frankreich ein Nachbar Australiens.*“

Der Besuch sollte die Verbindung und Freundschaft der beiden Staaten stärken. Bei seinem Besuch in Canberra wurde Hollande von der Präsidentin der neukaledonischen Regierung, Cynthia Liageard, und vom neukaledonischen Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung, Philippe Gomès, beides Unabhängigkeitsgegner, begleitet. Der Besuch Hollandes war ein historischer: Es war der erste offizielle Besuch eines französischen Staatspräsidenten in Australien. (<http://nouvellecaledonie.la1ere.fr/2014/11/24/grace-la-nouvelle-caledonie-l-australie-et-la-france-sont-voisines-208822.html>, <http://vimeo.com/112036816>, 30.11.14)

Die kaledonische Litchi - ein „Luxusprodukt“ in Nouméa - im Überfluss in Houaïlou

In Nouméa, der Hauptstadt Neukaledoniens, übersteigt der Kilopreis für Litchis zurzeit knapp 17 €. Auf dem Markt von Nouméa kosten Litchis sogar 18,40 € das Kilo. Viele Konsumenten erwarten daher ungeduldig die „Fête du litchi“ in Houaïlou an der Ostküste des Landes, um die Frucht zu einem angemessenen Preis probieren zu können. Während der außergewöhnliche Geschmack der Litchis in diesem Jahr gelobt wird, bereitet der Preis folglich weniger Freude.

In Frankreich sind Litchis günstiger als in Neukaledonien; hier kostet ein Kilo der Früchte, die aus Madagaskar stammen, ca. 5 €. Für die „Fête du litchi“ in Houaïlou, wo Litchis besonders gut wachsen, versprechen die Produzenten einen Preis von 4,20 €. Die Vereinigung der Litchi-Produzenten von Houaïlou schätzt, dass die Ernte in dieser Saison sich auf mindestens 50

Tonnen belaufen wird, was auf ein außergewöhnlich gutes Jahr schließen lässt.

Die Saison läuft von Ende November bis Ende Januar. Im Gegensatz zum letzten Jahr hängen die Bäume voll, was auf das günstige Klima dieses Jahres zurückzuführen ist.

(<http://nouvellecaledonie.la1ere.fr/2014/11/24/le-litchi-produit-de-luxe-noumea-et-abondant-houailou-209416.html> 30.11.14)

MIKRONESIEN

Hohe Auszeichnung für Präsidenten

Palau: Der palauische Präsident Tommy Remengesau Jr. hat Mitte November in Washington D.C. (USA) aus den Händen des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon und des geschäftsführenden Direktors des Umweltschutzprogramms der Vereinten Nationen, Achim Steiner, die höchste UNO-Auszeichnung für Engagement im Umweltschutz entgegengenommen: Präsident Remengesau wurde zum *Champion of the Earth* in der Kategorie „Policy Leadership“ ernannt.

Remengesau wurde u.a. dafür ausgezeichnet, dass er die wirtschaftliche Belastbarkeit der mikronesischen Inselrepublik durch den Ausbau erneuerbarer Energien gestärkt hat. Außerdem wurde seine Initiative gelobt, mehr als 80% der Exklusiven Ökonomischen Zone von Palau unter Schutz gestellt zu haben. Kommerzieller Wal- und Fischfang ist in diesem 600.000 Quadratkilometer großen Schutzgebiet bei Strafe verboten. Hervorgehoben wurde auch das Engagement des Präsidenten bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsprogrammen in den Bereichen Fischerei, Aquakultur, Katastrophenvorsorge und Energiesicherung.

Bei der Preisverleihung sagte der palauische Präsident, er widme diesen Preis allen Pazifikinsula-

nern, die sich rund um den Globus für den Schutz des Ozeans und seines natürlichen Reichtums einsetzen.

Info: Der „Champion of the Earth Award“ ist ein Umweltpreis. Er wird jährlich seit 2005 vom *United Nations Environment Programme* verliehen. Der Preis ist undotiert. Zu den diesjährigen Preisträgern gehört auch der ehemalige indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono. Er wurde für sein Engagement zur Reduzierung der Kohlendioxidemissionen in Indonesien geehrt. Jüngster Preisträger mit 19 Jahren ist Boyan Slat, der in der Kategorie „Inspiration & Action“ für die Gründung der Kampagne „Ocean Cleanup“ zur Reduzierung von Plastikmüll in den Weltmeeren geehrt wurde. Für ihr Lebenswerk zum Schutz der Tiefsee wurde die amerikanische Ozeanographin und Tiefsee-Expertin Dr. Sylvia Earle ausgezeichnet.

(Pressemitteilung SPC 20.11.14, <http://www.unep.org/champions/laureates/>)

Mehr chinesische Touristen

Nördliche Marianen: 36% (157.000 Personen) aller Besucher der Nördlichen Marianen kamen in diesem Jahr aus China. Im Vergleich zum Vorjahr handelt es sich um eine Steigerung um 40%.

Auch die Besucherzahlen aus Südkorea sind in diesem Jahr gestiegen, 30% aller Touristen kamen aus diesem Land. Bis Dezember des Jahres werden vermutlich rund 158.000 Besucher aus Korea die Nördlichen Marianen besucht haben. Etwas weniger, nämlich 148.423 Menschen, kamen aus Japan zu Besuch. Die Tourismusbehörde stellte ebenfalls einen Zuwachs an russischen Touristen fest, sie machen inzwischen immerhin 3% aller Besucher aus.

Die Tourismusbehörde der Marianen (*Marianas Visitors Authority*) verzeichnet für das laufende Jahr einen Anstieg der Touristenzah-

len um 2,3% im Vergleich zum Vorjahr. Bis Ende des Jahres werden vermutlich rund 470.000 Touristen die Marianen besucht haben. (*Saipan Tribune* 04.07.14, *Radio NZ Intern.* 22.10.14)

„Meister des Gesangs“

Guam: Leonard Iriarte ist am 15. Oktober vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft mit dem Titel *Sainan Minenhalom Manlálai Chamorro* („Meister des Gesangs“) geehrt worden. Dieser Titel wird an Personen vergeben, die sich in besonderer Weise um den Erhalt von Kultur, Geschichte und Sprache des Chamorro-Volkes bemühen. Die feierliche Verleihung fand in der Aula der „Jesus and Eugenia Leon Guerrero School of Business and Public Administration“ an der Universität von Guam statt.

Iriarte hatte bei einem Besuch des *Festival of Pacific Arts* 1976 in Neuseeland festgestellt, dass die Delegation aus Guam keine Lieder und Geschichten aus der Heimat vortragen konnte. Er beschäftigte sich daraufhin eingehend mit den mündlichen Überlieferungen des Chamorro-Volkes und gründete 1998 den (inzwischen aus 25 Mitgliedern bestehenden) Chor *Guma'Pálu Li'e – I Fanlalai'an* (engl. *The House of the Seeing Mast - The Place for Chant*). Aus der Chorarbeit entstand 2007 ein Projekt zur Bewahrung der mündlichen Überlieferungen, das „I Fanlalai'an Oral History Project“. Dabei geht es darum, traditionelle Gesänge der Chamorro wiederzubeleben und diese als Lehrmittel in Schulen einzusetzen, um den Schülern die Sprache Chamorro näher zu bringen. Wichtig sei ihm, so Iriarte, die Bewahrung der Allegorien und Symboliken des Chamorro, die im alltäglichen Sprachgebrauch so nicht mehr benutzt werden.

Für seine langjährigen Bemühungen um den Erhalt und auch die Weiterentwicklung der Sprache erhielt der 54-jährige Iriarte nun

aus den Händen von Gouverneur Eddie Calvo und Universitätsrektor Robert Underwood eine Urkunde mit dem Titel „Master of Chamorro Chant“.

Neben seiner künstlerischen und musikalischen Arbeit leitet Iriarte gemeinsam mit seiner Ehefrau eine Kindertagesstätte mit dem Schwerpunkt der musikalischen Früherziehung im Chamorro.

Infos: Chamorro ist eine west-malayo-polynesische Sprache und gehört damit zu den austro-nesischen Sprachen. Gesprochen wird Chamorro auf den Nördlichen Marianen und auf Guam, doch auch in den USA gibt es Chamorro-Sprecher. Obwohl die Marianen einschließlich Guam zur Region Mikronesien gerechnet werden, steht das Chamorro den Sprachen Indonesiens und der Philippinen näher als dem zu den eigentlichen mikronesischen Sprachen gehörigen Karolinischen, welches auf einigen Inseln der Nördlichen Marianen (Saipan, Anatahan und Agrihan) gesprochen wird. Chamorro wird heute noch von etwa 76.700 Menschen als Muttersprache verwendet.

Internettipp: Weitere Informationen zum Chamorro gibt es beim „Chamorro Linguistics International Network“ an der Universität von Bremen: <http://www.fb10.uni-bremen.de/chin/>

(*Guam Pacific Daily News* 16.10.14, <http://www.guampedia.com/leonard-iriarte/>, *Wikipedia*)

USA unterstützen Frauenprogramme

Guam: Das US-amerikanische Justizministerium unterstützt den Anwaltsdienst auf Guam mit 480.000 US-Dollar. Mit den Geldern sollen in einem auf 36 Monate angelegten Programm Anwälte bezahlt werden, die Frauen bei Klagen gegen sexuelle Gewalt vertreten. Mit den Geldern soll sichergestellt werden, dass die betroffenen Frauen eine anwaltschaftlich hochkarätige Beratung und Vertretung bekommen. Die amerikanischen Zuschüsse

sollen auch sicherstellen, dass Frauen in den entlegenen Gebieten von Guam in den Genuss von juristischer Beratung und Vertretung kommen, indem Anwälte zu den betroffenen Frauen in die Dörfer fahren und dort mit ihnen sprechen. Dieses Vorgehen wird unterstützt von der einheimischen Organisation *Victims advocates reaching out*, einem Zusammenschluss engagierter freiwilliger Fachkräfte in diesem nicht-inkorporierten Territorium der USA.

Koordiniert wird das mehrmonatige Hilfsprogramm von der ortsansässigen Nichtregierungsorganisation *Guam Coalition against sexual assault and family violence*.

Weitere 45.994 US-Dollar an Unterstützung erhält das Büro des Gouverneurs von Guam. Mit diesem Geld sollen staatliche Krisen- und Traumazentren betrieben werden, die vergewaltigte Frauen beraten und betreuen.

Die Delegierte aus Guam im amerikanischen Repräsentantenhaus, Madeleine Bordallo, erklärte, mit den Geldern könnte Opfern von sexueller Gewalt schneller und professioneller geholfen werden. Häusliche Gewalt und sexuelle Übergriffe seien Schwerverbrechen, die keinen Platz in der Gesellschaft Guams hätten, betonte Bordallo.

(<http://guamcoalition.org/about.html>, <http://bordallo.house.gov/press-release/justice-department-awards-guam-525994-violence-against-women-programs>)

Neue Richterin

Nauru: Die Judikative von Nauru hat eine ortsansässige Richterin ernannt. Es handelt sich um Frau Emma Garo von den Salomonen. Außerdem wurden zwei weitere Richter an den Obersten Gerichtshof berufen: Mohammed Shafiullah Khan aus Fidschi und Elizabeth Hamilton-White aus Australien. Sie stehen ab sofort dem kürzlich ernannten obersten Richter zur Seite, Ratu John Madraiwiwi. Der Fidschianer ist ehe-

maliger Vize-Präsident von Fidschi. Er wurde Anfang September gemeinsam mit den anderen Richtern eingeschworen und erklärte, die liegengebliebenen Verhandlungen gegen Gesetzesbrecher zügig nachholen zu wollen.

Da es in den letzten Monaten keine funktionierende Judikative auf Nauru gab, haben sich viele Fälle angehäuft, erläuterte der fidschianische Richter.

Info: Emma Garo ist die erste Frau im Amt einer Richterin in Nauru. Sie studierte Jura an der Universität von Papua-Neuguinea und arbeitete u.a. in einer renommierten Rechtsanwaltskanzlei auf den Salomonen sowie für die neuguineische Staatsanwaltschaft. (*Radio NZ Intern. 09.09.14, <http://www.islandsun.com.sb/index.php/latest-news/national/6622-emma-garo-is-new-resident-magistrate-for-nauru>*)

Visagebühren schrecken Journalisten ab

Nauru: In diesem Jahr hat nach Angaben der Regierung von Nauru noch kein einziger Journalist einen Antrag auf ein Journalistenvisum gestellt, um über das australische Flüchtlingslager zu berichten. Als Ursache dafür nennt die Regierung selber den drastischen Anstieg der Visagebühren. Mussten Besucher bis Ende letzten Jahres noch 200 US-Dollar für ein Besuchervisum bezahlen, kosten die Visa seit Januar diesen Jahres für Medienvertreter 7.000 (!) US-Dollar.

Die Nichtregierungsorganisation *Reporter ohne Grenzen* sieht in der Gebührenerhöhung einen Verstoß gegen die Verfassung von Nauru, die Meinungs- und Pressefreiheit garantiert. Die hohen Gebühren kämen einem Besuchsverbot für Journalisten gleich, hieß es seitens der Organisation.

Die Gebühren für die Visa werden selbst bei erfolgloser Antragstellung nicht rückerstattet, erklärte die Regierung. Als Grund für die Erhöhung nannte eine Regierungssprecherin u.a. die negative Berichterstattung über das aust-

ralische Flüchtlingslager im letzten Jahr.

(<http://www.theguardian.com/world/2014/jan/09/nauru-visa-to-cost-8000>, *Radio NZ Intern. 19.11.14*)

MARSHALL-INSELN

Deutscher Botschafter

Der neue deutsche Botschafter für die Marshall-Inseln, Thomas Ossowski, hat sich Mitte November als Botschafter beim Präsidenten der Marshall-Inseln akkreditiert. Präsident Christopher Loeak und Mitglieder des Kabinetts hießen den Deutschen in den Amtsräumen des Präsidenten willkommen. Ossowski bedankte sich für das freundliche Willkommen und verwies in seiner Antrittsrede auf die langjährigen historischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Marshall-Inseln. Vor dem Hintergrund dieser engen kulturellen Beziehungen, die ins 19. Jahrhundert zurückreichen, unterstrich Ossowski die Entschlossenheit Deutschlands, gemeinsam mit den Marshall-Inseln für substantielle Ergebnisse auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen im November 2015 in Paris einzutreten.

Info: Thomas Ossowski (geb. 1967 in Karlsruhe) studierte politische Wissenschaften an der französischen Elite-Uni Sciences-Pô in Paris. 1992 trat er dem diplomatischen Dienst bei. Seit März 2014 ist er Botschafter der Philippinen mit Sitz in Manila und als nicht-residentieller Botschafter auch zuständig für die Marshall-Inseln. Bevor er nach Manila kam, arbeitete er als stellvertretender Leiter des Büros des Bundesministers des Auswärtigen und zuvor als Leiter der EU-Koordinierungsgruppe des Auswärtigen Amtes. Ossowski hat als Botschafter Auslandserfahrungen gesammelt in Afghanistan, Ruanda und Israel. (*Marshall Islands Journal 14.11.14,*

http://www.manila.diplo.de/Vertretung/manila/de/03/Botschafter_und_Abteilungen/Behoerdenleiter_20ossowski_20CV.html)

Arbeitsgruppe zum Tiefseebergbau

Am 2. Oktober haben die Marshall-Inseln eine Interims-Arbeitsgruppe (AG) eingesetzt, die eine nationale Strategie in Bezug auf den Tiefseebergbau entwickeln soll. Das neu gegründete *National Seabed Minerals Management Board* soll sich auch mit der Gesetzgebung im Hinblick auf den möglichen Abbau von Mineralien aus der Tiefsee der Marshall-Inseln beschäftigen. Die AG wird geleitet von Rebecca Lorenrij, der Ministerin für Ressourcen und Entwicklung. Zur AG gehören neben Vertretern der Zivilgesellschaft u.a. der stellvertretende Generalstaatsanwalt, der Finanzminister, der Präsident der Industrie- und Handelskammer sowie eine Beraterin des *Secretariat of the Pacific Community (SPC)*.

Logistische und finanzielle Unterstützung erfährt die AG durch das Tiefseebergbau-Projekt der Europäischen Union in Kooperation mit dem SPC (engl. SPC-EU DSM Project).

Als erstes will die AG sich ein Meinungsbild verschaffen über die Ansichten der Lokalbevölkerung zum Tiefseebergbau. Damit soll geklärt werden, inwieweit die Bevölkerung bereit wäre, sich in Tiefseebergbauprojekten zu engagieren. (*Marshall Islands Journal 24.10.14, <http://www.spc.int/en/meetings/1873-national-seabed-minerals-management-board-launched-in-marshall-islands.html>*)

KIRIBATI

Landkauf perfekt

Die Regierung von Kiribati hat nach langen Verhandlungen den Ankauf von Land auf der fidschianischen Insel Vanua Levu abgeschlossen. Das Land mit einer Fläche von acht Quadratmeilen war freies Grundeigentum (engl. „freehold land“) der *Church of England* und wurde für 7,9 Millionen US-Dollar an Kiribati ver-

kauft.

Kiribatis Präsident Anote Tong sagte, man habe zuvor mit den jetzigen Pächtern verhandelt und diesen erlaubt, ihre Ernte einzubringen. Die auf dem Land stehenden Bäume sollen jetzt von I-Kiribatis abgeholzt und verkauft werden, mit den Geldern soll der Landkauf teilweise refinanziert werden.

Nach Angaben von Tong dient das Land auf Fidschi bis auf weiteres der Ernährungssicherung der I-Kiribatis. Man könne auf diesem fruchtbaren Boden viel mehr Nahrungspflanzen anbauen als auf den kargen, nährstoffarmen Korallenkalksteinen der Atolle, erklärte der Präsident. Längerfristig sei das Land auch groß genug, um Klimaflüchtlinge aus Kiribati aufzunehmen, sagte Tong. Von einer „Klimaflucht“ oder einer Auswanderung der rund 110.000 Einwohner von Kiribati sei aber (noch) nicht die Rede, betonte der Präsident. (*The Guardian* 01.07.14, *Fijilive* 30.09.14)

Kooperationsvereinbarung mit den USA

Mitte November haben die USA und Kiribati eine Kooperationsvereinbarung (engl. „cooperative arrangement“) zum weiteren Schutz zweier Meeresschutzgebiete geschlossen. Beide Staaten verpflichten sich zur Zusammenarbeit und Forschung im amerikanischen Schutzgebiet „Pacific Remote Islands Marine National Monument“ (PRIMNM) und dem zu Kiribati gehörenden Gebiet „Phoenix Islands Protected Area“ (PIPA). Kiribati erhofft sich durch die amerikanische Unterstützung vor allem Hilfe bei der Überwachung der Region in Bezug auf illegale Fischtrawler. Beide Staaten verpflichten sich auch zum Schutz von Seevögeln, der Entfernung von Schiffswracks und der Bekämpfung invasiver Arten, wie etwa den Ratten auf den Atollen von Kiribati.

Das Abkommen wurde im Rahmen der Jahrestagung der Umweltschutzorganisation *Internati-*

onal Union for Conservation of Nature Mitte November im australischen Sydney von der amerikanischen Innenministerin Sally Jewell und dem Präsidenten von Kiribati, Anote Tong, unterzeichnet. Bei der Unterzeichnung erklärte Jewell die Bedeutung des pazifischen Ozeans für die Weltgemeinschaft: „*The Pacific Ocean provides food security, global weather and climate stability, recreation and inspiration, jobs and prosperity.*“

Info: Das PRIMNM umfasst die Inseln rund um Hawai'i: Das Kingman Reef, das Palmyra Atoll, Howland Island, Baker Island, Jarvis Island, das Johnston Atoll und Wake Island mit einer Gesamtfläche von 2.030.000 Quadratkilometern. Es wurde bereits 2009 vom damaligen amerikanischen Präsidenten George W. Bush zum Schutzgebiet deklariert.

Das PIPA nimmt 11,34% der gesamten Exklusiven Ökonomischen Zone von Kiribati ein und umfasst 408.150 Quadratkilometer. In dem 2008 unter Schutz gestellten Gebiet leben 541 Arten von Riff-Fischen sowie eine große Anzahl von Seevögeln. Seit 2010 gehört das PIPA zum Weltkulturerbe der UNESCO.

In den Meeresschutzgebieten ist kommerzieller Fischfang untersagt. Wale werden besonders geschützt. Die Regionen dürfen nicht für den Tiefseebergbau freigegeben werden. Wassersportarten wie Segeln und Surfen und nicht-kommerzieller Fischfang wie das Sportfischen sind jedoch erlaubt. (*The Samoa News* 14.11.14, *Wikipedia*, <http://www.doi.gov/news/pressreleases/united-states-and-kiribati-sign-historic-cooperative-arrangement-to-protect-vital-marine-habitat-in-the-pacific.cfm>)

Referendum zur Todesstrafe?

Die Regierung von Kiribati erwägt eine Volksabstimmung über die Wiedereinführung der Todesstrafe für Mörder. In erster Lesung

hat das Parlament bereits über einen Zusatz zum Strafgesetz verhandelt. Nun soll eine Gesetzesänderung zunächst in den Gemeinden diskutiert werden. Präsident Anote Tong legt Wert auf ein öffentliches Meinungsbild, bevor das Parlament über eventuelle Gesetzesänderungen entscheidet.

Grund für das Ansinnen der Wiedereinführung der Todesstrafe sind fünf Morde an Frauen in diesem Jahr. Die Brutalität der Taten führte in der Öffentlichkeit zu dem Ruf nach Wiedereinführung der Todesstrafe für besonders brutale Gewaltverbrechen. In allen fünf Fällen waren die Frauen von ihren Ehemännern/Partnern getötet worden. Bis dato sieht das Gesetz für Mörder eine lebenslange Haftstrafe vor.

Auf die Überlegungen im Parlament hin reagierte die *Katholische Kirche von Kiribati* mit heftiger Kritik. Einen Menschen zu töten widerspräche den Grundsätzen des katholischen Glaubens und es gebe keine Anhaltspunkte, dass in Ländern mit Todesstrafe weniger Gewaltverbrechen stattfänden als in den Ländern ohne Todesstrafe, argumentierte der katholische Bischof Paul Mea Kaiuea. Die kirchlichen Vertreter der *Kiribati Uniting Church* schlossen sich der Kritik an der Todesstrafe an.

Info: Die zweite Lesung über die Gesetzesänderung findet noch vor den Weihnachtsfeiertagen im Parlament statt. (*Radio Australia* 10.09.14, <http://pacific.scoop.co.nz/2014/09/kiribati-death-penalty-opposition-grows/>)

Filmemacherin ausgezeichnet

Die aus Kiribati stammende, aber in England lebende Studentin Victoria Burns hat mit ihrer Dokumentation „Tinau- My mother“ (dt. Meine Mutter) einen Sonderpreis der Jury im internationalen Filmwettbewerb *Action4Climate* gewonnen. Burns bekam für die 8-minütige Dokumentation über ihre

im Jahr 2000 nach England ausgewanderte Mutter Tinau einen Spezialpreis der Jury in der Kategorie der 18- bis 35-jährigen Filmemacher.

In der Jury des Filmwettbewerbs, für den 230 Kurzfilme zum Thema Klimawandel von jungen Menschen aus 70 Staaten eingereicht worden waren, saß u.a. der renommierte italienische Filmemacher Bernardo Bertolucci.

Die Jury vergab den Preis an Burns vor allem für ihr Geschick, die persönliche Lebensgeschichte ihrer Mutter in den globalen Zusammenhang zu den Klimawandelfolgen für den Inselstaat Kiribati gestellt zu haben.

Info: Der Kurzfilm (8,38 Minuten) kann auf YouTube angeschaut werden unter diesem Link: <https://www.youtube.com/watch?v=OKupqVaJ2Ek>

(Pacific Scoop 31.10.14, <http://ecowatch.com/2014/11/13/sea-level-rise-climate-change/>, <http://www.connect4climate.org/>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

EU-Gelder für Landwirtschaft

Tuvalu: Die Regierung von Tuvalu bekommt im nächsten Jahr knapp 500.000 Euro von der Europäischen Union für die regierungseigene Initiative zur Verbesserung des Saatgutes. Ziel ist es, das Saatgut weniger anfällig für die Folgen des Klimawandels zu machen und zum Beispiel Nahrungspflanzen zu züchten, die Salzwasser-resistent sind.

Das erklärte Premierminister Enele Sopoaga am Rande eines viertägigen landwirtschaftlichen Workshops, an dem Landwirte aller neun Inseln von Tuvalu teilnahmen. Bei dem Workshop wurden verschiedene neue Techno-

logien vorgestellt, wie z.B. Kompostierungstechniken, die Vorbereitung von Saatgut und Pflanzzyklen. Sie sollen den Landwirten helfen, sich besser auf die Klimawandelfolgen einzustellen. (*Radio NZ Intern. 29.10.14*)

Schlechte Bedingungen für Mütter

Samoa: Im Mitte des Jahres von der Nichtregierungsorganisation *Save the Children* vorgelegten Bericht zur Situation von Müttern schneidet Samoa schlecht ab und steht auf Rang 118 von 178 Ländern. Fidschi rangiert auf Platz 78, Tonga auf Platz 101 und Timor-Leste auf Platz 110. Schlechte Bedingungen für Mütter und Kinder herrschen auch in Vanuatu (Rang 125) und in den Föderierten Staaten von Mikronesien (Rang 135).

Auf Platz eins der Rangliste steht Finnland, auf dem letzten Platz Somalia.

Nach Erhebungen von *Save the Children* stirbt in Samoa eine von 260 Frauen an Schwangerschaftskomplikationen. Durchschnittlich 17,8 Säuglinge von 1.000 sterben bereits bei oder kurz nach der Geburt.

Info: Der 15. Jahresbericht „State of the World's Mother Report“ von *Save the Children* trägt den Titel „Motherhood in Crisis“. In dem Bericht heißt es, dass weltweit alle fünf Sekunden ein Kind an einer vermeidbaren Ursache stirbt. 800 Mütter sterben täglich weltweit an einer vermeidbaren Krankheit. 900 Millionen Kinder leben in Ländern, in denen bewaffnete Konflikte ausgetragen werden. 60 Millionen Frauen und Kinder benötigen Hilfe zum Überleben.

Save the Children wurde bereits 1919 gegründet und ist heute die größte unabhängige Kinderrechtsorganisation der Welt. Sie unterstützt Projekte für Mütter und Kinder in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Not- und Katastrophenhilfe sowie Schutz vor

Gewalt und Ausbeutung. Allein im vergangenen Jahr hat sie 143 Millionen Kindern in 120 Ländern geholfen. (*Samoa Observer 15.05.14, <http://www.savethechildren.org>*)

Erstes Casino eröffnet

Samoa: Zum 1. September hat der samoanische Premierminister Tuilaepa Lufesoliai Sailele Malielegaoi im *Aggie Grey's Lagoon Beach Resort* in Mulifanua, nahe des internationalen Flughafens auf der Insel Upolu, das erste Spielcasino Samoas eröffnet. Das neue *White Sands Casino* gehört zur Kette der „Indo Pacific Gaming International“. Es hat zehn Spieltische und 110 Spielautomaten. Im Laufe des Jahres soll ein zweites Casino mit 220 Spielautomaten und 24 Spieltischen in der Hauptstadt Apia eröffnen.

Der Inbetriebnahme des Casinos waren Proteste von Kirchen und Gewerkschaften vorausgegangen. Pikanterweise ist der Besuch des Casinos nur Ausländern gestattet. Samoanische Staatsbürger dürfen das Casino laut der einheimischen Gesetzgebung nicht betreten.

Premier Malielegaoi rechtfertigte die Eröffnung mit dem boomenden (Kreuzfahrt-)Tourismus. Ein ortsansässiges Casino verlängere meist die Aufenthaltsdauer von Reisenden und stärke die Wirtschaft. Gerade Reisende aus dem benachbarten Amerikanisch-Samoa sowie aus Australien und Neuseeland hätten jetzt einen Grund mehr für einen Zwischenstopp in Samoa. Nicht zu vernachlässigen sei auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Einheimische, so der Premier. Allein für das Casino im *Aggie Grey's* seien 100 neue Arbeitsplätze entstanden, betonte er. (*Radio NZ Intern. 29.08.14, The Samoa News 10.09.14, <http://www.g3newswire.com/samoa-indo-pacific-gaming-opens-samoas-first-casino/>*)

Neubau einer Förderschule

Samoa: Gegen Ende des Jahres wird in Vaitele-Fou auf der Insel Upolu eine Förderschule für geistig und körperlich behinderte Kinder und Jugendliche eingeweiht. Die Grundsteinlegung der Schule unter Trägerschaft der *Loto Tamafai Society for People with Disabilities* war bereits im Mai.

Zum Campus des neuen Förderzentrums *Loto Taumafai National Disability Centre* wird neben elf Klassenzimmern für die Jahrgangsstufen eins bis elf auch ein Computerraum, eine Sporthalle, ein Hallenbad, eine Mensa, ein zweigeschossiges Verwaltungsgebäude sowie eine Mehrzweckhalle gehören. Die Schule wird von China finanziert, die Baukosten betragen voraussichtlich rund 5,1 Millionen US-Dollar.

Info: Die *Loto Taumafai Society for People with Disabilities* besteht seit 1981. Die Nichtregierungsorganisation unter Leitung von Präsident Tagaloasa Sala Uili bemüht sich mit Ausbildungs- und Fördermöglichkeiten um behinderte Menschen auf Samoa. Das neue Förderzentrum bietet Platz für 150 Schülerinnen und Schüler. Weitere 400 Schüler können in ihren Dörfern regelmäßig von den Lehrern des Förderzentrums aufgesucht werden. In Samoa leben rund 7.000 behinderte Menschen. (*Samoa Observer* 11.05., 22.09.14)

Neubau einer Müllverbrennungsanlage

US-Samoa: Der Energiekonzern *American Samoa Power Authority* (ASPA) hat mit der amerikanischen Firma ICRC (South Carolina) einen Vertrag über den Bau einer Müllverbrennungsanlage geschlossen. ICRC investiert in den Bau der Anlage 20 Millionen US-Dollar und will für den Betrieb der Anlage rund 20 neue Arbeitsplätze schaffen.

Der geschäftsführende Direktor von ASPA, Utu Abe Malae, er-

klärte, für die Anlage solle die Mülldeponie bei Futiga aufgelöst werden. Aus rund 60 Tonnen Müll könne die neue Anlage dank einer neuartigen Technologie das Äquivalent zu zwei Megawatt Strom produzieren. Bei dem „Pyrolysis“ genannten Verfahren wird durch hohe Temperaturen eine Art Öl gewonnen, das zur Stromerzeugung genutzt werden kann.

Malae sagte, übergeordnetes Ziel für US-Samoa sei auch die Abfallvermeidung sowie eine bessere Mülltrennung. (*Radio NZ Intern.* 30.10.14, *Wikipedia*, <http://www.waste-management-world.com/articles/print/volume-10/issue-6/features/wte-in-american-samoa-developing-and-planning-a-plant.html>, <http://www.aspower.com/index.html>)

Cook-Inseln beteiligen sich an Riff-Studie

Cook-Inseln: Mit der baldigen Inbetriebnahme von zwei Unterwasserkameras in den Korallenriffen vor der Küste der Insel Rarotonga beteiligen sich die Cook-Inseln an der weltweiten wissenschaftlichen Studie zur Gesundheit der Korallenriffe, dem so genannten *Catlin Seaview Survey*. Die Studie wird von einem breiten Bündnis von Organisationen finanziert, darunter nicht nur Umweltschutzorganisationen, sondern z. B. auch Google.

Seit September 2012 werden im Rahmen dieser Unterwasserstudie Korallenriffe in 20 Ländern erforscht, darunter Australien, Monaco, den Philippinen, Indonesien, Bermuda, den Salomonen und Mexiko. Dafür bringen Wissenschaftler jeweils zwei um 360 Grad schwenkbare Panorama-Unterwasserkameras in Riffe ein. Diese produzieren hochaufgelöste Bilder, die in ein zentrales Datennetzwerk eingespeist werden, den *Catlin Global Reef Record*. Diese Datenbank steht allen Wissenschaftlern kostenfrei zur Verfügung. Bisher können mit den Kameras insgesamt 662 Kilometer Korallenriffe weltweit überwacht werden. Nach Angaben auf der Internetseite von Catlin sind

in den letzten 30 Jahren über 40% aller weltweiten Korallenriffe verschwunden oder an Korallenbleiche erkrankt.

Info: Über die Homepage www.catlinseaviewsurvey.com können sich alle Internetnutzer über den Zustand der Riffe informieren und einen Einblick in die Unterwasserwelt der jeweiligen Mitgliedsländer gewinnen. Mit den beiden Kameras vor Rarotonga sollen auch Bilder von Buckelwalen eingefangen werden, die auf ihren Wanderungen einen Stopp in den Gewässern der Cook-Inseln einlegen. Das Team von Catlin arbeitet hier mit Dr. Nan Hauser zusammen, die das Migrationsverhalten von Buckelwalen im Pazifik wissenschaftlich untersucht. Hauser leitet das *Center for Cetacean Research and Conservation* auf Rarotonga. (*Cook Islands News* 17.09., 18.09.14, <http://www.whaleresearch.org>, <http://catlinseaviewsurvey.com/>)

Perlen-Festival endet mit VIP-Dinner

Cook-Inseln: Mit einer 65 Meter langen Festtafel haben Vertreter der einheimischen Perlen-Industrie den erfolgreichen Verlauf des alljährlichen „Perlen-Festivals“ gefeiert. Das Abendessen auf dem Gelände des Hafens in Avatiu, von wo aus die Perlen in alle Welt exportiert werden, diente wohlthätigen Zwecken. Bei der Versteigerung von schwarzen Perlen kamen 1.000 US-Dollar zusammen, die der Forschung gegen Brustkrebs zur Verfügung gestellt werden sollen.

Alexis Wolfgramm von der *Pearl Festival Cook Islands Society* sagte, das erstmals ausgerichtete Wohltätigkeitsdinner „Marina Long Table Dinner“ für 200 ausgesuchte VIP-Gäste sei so gut angenommen worden, dass man es zukünftig immer als Abschluss des Festivals veranstalten wolle. Elf Spitzenköche aus dem Pazifik und 16 Servicekräfte hatten die Gäste mit exquisiten regionalen Speisen verwöhnt. (*Cook Islands News* 04.10., 13.10.14)

FRZ.-POLYNESIEN

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu, Hawai'i.]

Flosse seiner Ämter enthoben: Edouard Fritch neuer Präsident

Am 5. September wurde der seit Mai 2013 amtierende Präsident Französisch-Polynesiens, Gaston Flosse, durch ein Dekret des französischen Hochkommissariats seines Amtes enthoben. Dies geschah infolge eines Urteils des Pariser Kassationsgerichts, das Ende Juli Flosse in einer auf die späten 1990er Jahre zurückgehenden Korruptionsaffäre endgültig für schuldig befunden und zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe auf Bewährung, einer Geldstrafe von 125.000 Euro sowie einer dreijährigen Aberkennung des aktiven und passiven Wahlrechts verurteilt hatte.

Flosse, der bereits von 1991 bis 2004 Präsident war, hatte damals zahlreiche Parteifreunde und Gewerkschaftler zu Mitarbeitern des Präsidialamts ernannt, wofür diese hohe Gehälter erhielten, ohne aber jemals im Präsidentenpalast zu arbeiten. In dieser Affäre der „fiktionalen Angestellten“ war Flosse bereits in zwei Instanzen verurteilt worden. Nachdem Flosses Anwälte das Urteil jedes Mal angefochten hatten, wurde es durch das Pariser Kassationsgericht in letzter Instanz bestätigt.

Der Präsident hatte daraufhin versucht, die Inkraftsetzung des Urteils weiter hinauszuzögern, indem er ein Gnadengesuch an den französischen Staatspräsidenten Hollande einreichte. Obwohl das Verfahren bei Gnadengesuchen nicht genau vorgeschrieben ist, wurde dies vom französischen Hochkommissar Lionel Beffre, dem die Exekution von Gerichtsbeschlüssen im Land obliegt, als die Strafe aufschiebend interpretiert, und er weigerte sich deshalb, das Urteil im Amtsblatt zu veröffentlichen und damit

im Territorium rechtskräftig zu machen, was zu heftigen Protesten der Opposition führte, die Beffre Parteilichkeit vorwarfen. Ende August äußerte sich Hollande in ambivalenter Weise zu dem Gnadengesuch, auf das er nicht explizit einging, sondern nur bemerkte, „die Entscheidungen der Justiz sollten umgesetzt werden.“ Beffre nahm dies schließlich zum Anlass, Flosses Absetzung nun doch einzuleiten.

Der 83-jährige Flosse, gegen den zurzeit mehrere andere Korruptionsverfahren laufen, ist damit für die nächsten drei Jahre aus der aktiven Politik des Landes verbannt. Da seine Partei *Tahoeraa Huiraatira* in der Landesversammlung über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, verlief die Regelung seiner Nachfolge reibungslos. Entsprechend Flosses Verfügung wurde am 12. September der bisherige Präsident der Landesversammlung, Flosses Schwiegersohn Edouard Fritch, zum neuen Präsidenten gewählt. Sein Kabinett ist weitgehend mit Flosses bisherigem identisch. Neuer Präsident der Landesversammlung wurde der bisherige Minister Marcel Tuihani.

Kaum war Flosse offiziell aus der Politik entfernt, kam er jedoch durch die Hintertür wieder herein, denn am 26. September stellte ihn die Tahoeraa-Fraktion der Landesversammlung als „Sonderberater“ ein. Damit wurde geschickt eine Rechtslücke ausgenutzt, denn das Urteil verbietet Flosse nur die Ausübung eines gewählten Amtes, nicht aber die Arbeit als Angestellter einer politischen Institution. Der ehemalige Präsident kann somit weiterhin in der lokalen Politik aktiv bleiben und ein Regierungsgehalt beziehen.

Infolge des Urteils wurde Flosse auch seines zweiten gewählten Amtes, seines Sitzes im französischen Senat, enthoben. Dies war eine reine Formsache, da das Mandat Ende des Monats auslief und Flosse nicht geplant hatte, nach zwei Amtsperioden als Senator (1998-2008; 2008-2014) nochmals anzutreten. Die Se-

natswahlen vom 28. September, bei denen die zwei Senatoren des Landes indirekt durch 714 Wahlmänner (Parlamentarier, Mitglieder der Landesversammlung und Vertreter der Gemeinderäte) bestimmt werden, gewann wie erwartet das Kandidatenteam der *Tahoeraa*. Die neuen Senatoren Französisch-Polynesiens sind Iriti Teura und Vincent Dubois, wobei letzterer ein weiterer Schwiegersohn von Flosse ist. Der bisherige zweite Senator Richard Tuheiava von der oppositionellen *Union Pour La Démocratie* (UPLD) verfehlte seine Wiederwahl, womit die Opposition eine wichtige Stimme verliert, denn Tuheiava war während seiner sechsjährigen Amtszeit sowohl auf nationaler französischer als auch auf internationaler Ebene sehr aktiv.

(Tahiti-Infos, Tahiti-Pacifique)

HAWAI'I

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu, Hawai'i.]

Hawaiische Bürgerklubs anerkennen Kontinuität des Königreiches

Der *Verband Hawaiischer Bürgerklubs* (Association of Hawaiian Civic Clubs) hat auf seiner Jahreshauptversammlung am 1. November in Waikoloa auf der Insel Hawai'i eine Resolution verabschiedet, in der anerkannt wird, dass das hawaiische Königreich trotz der seit 1898 bestehenden US-Okkupation des Archipels völkerrechtlich weiterbesteht. Der Verband folgt damit der Argumentation des Politikwissenschaftlers und Völkerrechtlers Keanu Sai, der zusammen mit zahlreichen anderen Wissenschaftlern und Aktivisten seit Jahren bemüht ist, die Illegalität der US-Besatzung lokal und international anzuprangern und langfristig ein Ende der Besatzung herbeizuführen.

Die Hawaiischen Bürgerklubs, von denen heute etwa 50 mit insgesamt mehreren tausend Mitgliedern bestehen, wurden An-

fang des 20. Jahrhunderts von Prinz Kūhiō Kalanianaʻole (1871-1922) gegründet, um der hawaiischen Bevölkerung eine Plattform zu geben, um sich unter den durch die US-Besatzung veränderten politischen Rahmenbedingungen gesellschaftlich zu organisieren. Während die amerikanische Regierung versuchte, durch Repression und Indoktrination die lokale Bevölkerung zu amerikanisieren und die nationale hawaiische Identität auszulöschen, wurden die Klubs wichtige Institutionen zur Pflege kultureller Traditionen und hawaiischer Identität. Das Ganze war bewusst unpolitisch konstruiert, so dass die Klubs zwar als Refugium hawaiischer Kultur galten, aber nicht im politischen Sinne Widerstand gegen die US-Besatzung leisteten. Nachdem in den 1970er und 1980er Jahren die moderne hawaiische Unabhängigkeitsbewegung entstanden war, galten die Bürgerklubs in den letzten Jahrzehnten als eher konservativ, und wurden daher von vielen Unabhängigkeitsaktivisten als politisch reaktionär und tendenziell pro-amerikanisch angesehen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die jetzt gefasste Resolution als ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der Klubs. Während ein relativ rezenter Bürgerklub, der 2003 gegründete *Ka Lei Maile Aliʻi Hawaiian Civic Club*, seit Jahren für eine dezidierte Haltung im Sinne der Resolution eintritt, waren deren Initiativen auf bisherigen Jahresversammlungen oft am Widerstand der konservativeren Klubs gescheitert.

Am 5. November schloss sich der *Königliche Orden von Kamehameha*, eine ebenfalls von Prinz Kūhiō Anfang des 20. Jahrhunderts in Kontinuität des gleichlautenden ersten nationalen Verdienstordens des hawaiischen Königreiches neugegründete Organisation, der Resolution der Bürgerklubs an. (*Hawaiian Kingdom Blog, eigene Recherchen*)

David Ige ist neuer Gouverneur

Der Demokrat David Ige, der im August die Vorwahlen gegen Amtsinhaber Neil Abercrombie gewonnen hatte, ist bei den Hauptwahlen am 4. November zum neuen Gouverneur des US-Bundestaats Hawaiʻi gewählt worden. Das Team von Ige und seinem Vize Shan Tsusui erhielt mit 49,0% eine klare Mehrheit der Stimmen, gegenüber 36,7% für Duke Aiona, den Kandidaten der Republikanischen Partei. Der Kandidat der neugegründeten *Hawaiʻi Independent Party*, Honolulu früherer Bürgermeister Mufi Hanneman, kam auf 11,6% der Stimmen. Ige wird damit Ende des Jahres die Nachfolge des nur eine Amtszeit amtierenden Abercrombie antreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,3% der registrierten Wähler.

Der 1957 auf der Hauptinsel Oʻahu geborene Ige studierte an der *University of Hawaiʻi* Elektrotechnik und Wirtschaftswissenschaft und war seit 1985 Mitglied des Staatsparlaments als Vertreter verschiedener Wahlkreise, zunächst als Repräsentant, dann seit 1995 als Senator. Seine Kandidatur für das Gouverneursamt Anfang dieses Jahres kam recht überraschend, da er als Staatssenator eher ein „Hinterbänkler“ war. Sein Sieg bei den Vorwahlen scheint sich daher mehr als weitreichende Ablehnung des Amtsinhabers Abercrombie denn als Iges eigener Wahlerfolg zu erklären. Mit Ige und Tsusui als Gouverneur und Vizegouverneur ist damit die Exekutive erneut fest in den Händen japanischstämmiger Einwohner Hawaiʻis, von denen die lokale Demokratische Partei seit Jahrzehnten dominiert ist.

Ebenso neu gewählt wurden die beiden Vertreter Hawaiʻis im US-Repräsentantenhaus sowie einer der beiden Senatoren. Der von Abercrombie 2012 zum kommissarischen Nachfolger des verstorbenen langjährigen Senators Daniel Inouye ernannte Brian

Schatz gewann mit 66,8% klar gegen seinen republikanischen Herausforderer Cam Cavasso (26,5%). Im ersten Wahlkreis für das US-Repräsentantenhaus (Stadt Honolulu) gewann der Demokrat Mark Takai mit 51,2% knapp gegen den Republikaner Charles Djou. Im zweiten Wahlkreis (ländliches Oʻahu und die äußeren Inseln) behauptete sich die demokratische Amtsinhaberin Tulsi Gabbard mit 75,8% klar gegen ihren republikanischen Herausforderer Kawika Crowley.

Das Staatsparlament, das teilweise neugewählt wurde, bleibt mit 24 demokratischen Senatoren und einem Republikaner, sowie 43 demokratischen und acht republikanischen Repräsentanten klar in demokratischer Hand. Die Bürgermeister der Inseln Maui und Kauai, Alan Arakawa und Bernard Carvalho, wurden beide mit klarer Mehrheit wiedergewählt. Die zur Wahl stehenden Treuhänder des *Office of Hawaiian Affairs* (OHA, eine halbautonome Behörde des Bundesstaats, die sich um Anliegen der einheimischen Hawaier kümmern soll), Hulu Lindsey, John Waihee und Rowana Akana, wurden ebenfalls wiedergewählt. Nachfolgerin des scheidenden Treuhänders Oswald Stender wurde Lei Ahu Isa. Ein weiterer Treuhänder, Peter Apo, gewann seine Wiederwahl bereits bei der Vorwahl im August, und die restlichen vier des neunköpfigen OHA-Treuhänderrats standen nicht zur Neuwahl.

Auf der Insel Maui fand außerdem ein Referendum statt, bei dem mit knapper Mehrheit ein zeitlich befristetes Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Lebensmittel beschlossen wurde. Letzteres stellt einen ungewöhnlichen Erfolg einer Bürgerinitiative dar, die es schaffte, trotz starker Gegenlobby der finanzstarken Gentechnik-Industrie (die auf den hawaiischen Inseln zahlreiche Versuchsfelder unterhält), eine hauchdünne Mehrheit von 50,2% für das Verbot zu erhalten. (*State of Hawaiʻi Office of Elections Honolulu Star Advertiser, eigene Recherchen*)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Zwei Referenden über Flagge geplant

Mit gleich zwei Referenden in den Jahren 2015 und 2016 will der frisch wiedergewählte konservative Regierungschef John Key seine 4,5 Millionen Landsleute über eine neue Flagge abstimmen lassen. Bei dem Referendum im nächsten Jahr sollen die Bürger zunächst über drei bis vier verschiedene Designs abstimmen. Im darauffolgenden Jahr (April 2016) soll dann abgestimmt werden, ob das neue Design eingeführt wird, oder ob die Bewohner Neuseelands sich für den Erhalt der bisherigen Flagge aussprechen.

Key selber wünscht sich ein silbernes Farnblatt auf schwarzem Grund, ein Symbol, dass derzeit noch von der neuseeländischen Rugby-Nationalmannschaft „All Blacks“ benutzt wird. Key kann sich nach eigenen Angaben auch ein weißes Farnblatt auf rotem und blauen Grund mit dem Kreuz des Südens vorstellen.

Bis dato prangt auf der dunkelblauen Flagge neben den vier roten Sternen als Symbol für das Kreuz des Südens der britische Union Jack. Diese Flagge wird seit 1869 benutzt und wurde 1902 offiziell als Staatsflagge vom Parlament verabschiedet. Key betonte, die Flaggenänderung bedeute keine Änderung seiner politischen Richtung. Er wolle Neuseeland nicht zu einer Republik machen. Die britische Königin Elisabeth II. sei als Staatsoberhaupt geschätzt und unumstritten. Er wolle jedoch etwas „*typisch Neuseeländisches*“ auf der Flagge sehen, erklärte Key, denn die Kolonialzeit sei „*schließlich ein für alle Mal vorbei*“.

Key will jetzt eine Arbeitsgruppe aus Parlamentariern aller Parteien einberufen. Dieses so genannte „Flag Consideration Panel“ soll Gestaltungsvorschläge einholen und maximal vier Vorschläge für das Referendum im Herbst

nächsten Jahres vorbereiten.

Kritiker von Keys Vorstoß sind vor allem die neuseeländischen Veteranenverbände. Man habe zwei Weltkriege unter eben dieser Flagge gekämpft, hieß es aus den Reihen der Veteranen. Don McIver, der Präsident der *Returned Services Administration*, betonte: *“New Zealand soldiers have served under it and New Zealanders have died under it.”*

Kritik wurde auch laut ob der geplanten Kosten: Für beide Referenden sind 26 Millionen NZ-Dollar veranschlagt.

(<http://www.theguardian.com/world/2014/oct/29/new-zealand-to-hold-2016-referendum-on-scrapping-union-jack-national-flag>, NZ Herald 29.10.14)

Hilfe für Kinder

Die neuseeländische Hilfsorganisation *Making a difference for Pacific Kids* hat ihre Einsatzorte erweitert. Nachdem die Organisation zunächst nur bedürftige und behinderte Kinder in Fidschi unterstützt hat, engagiert sich das Team um den Gründer und Hauptgeldgeber Paul Ross seit September des Jahres auch in Samoa. Hier unterstützt Ross ab sofort die *Samoa Victim Support Group (SVSG)*, die ein Waisenhaus, eine Kinderkrippe für vernachlässigte Kleinkinder sowie eine Fördereinrichtung für behinderte Kinder betreibt. Ross will zukünftig monatlich 2.000 NZ-Dollar an die SVSG überweisen, damit sollen Nahrung, Kleidung und die Instandsetzung der Häuser gewährleistet werden.

Info: Der erfolgreiche neuseeländische Geschäftsmann Paul Ross hat das private Kinderhilfswerk im Jahr 2004 gegründet, nachdem er von einer Krebserkrankung genesen war. Durch finanzielle Unterstützung - zunächst nur von Arbeitskollegen seiner in Auckland ansässigen Firma „Power Marketing“, inzwischen durch weltweite Spenden - konnte Ross bisher verschiedene Organisationen in Fidschi unterstützen, darunter vor allem den Bau eines Waisenhau-

ses in der Nähe von Nadi. Der Kontakt zu Fidschi war durch eine private Urlaubsreise der Familie Ross zustande gekommen.

Bis 2017 will Ross seine finanziellen Zuwendungen für Waisenhäuser und Einrichtungen für behinderte Kinder auf fünf pazifische Staaten ausdehnen.

(<http://pacifickids.co.nz/our-story/>, Samoa Observer 09.10.14)

Unterstützung für sexuelle Minderheiten

Die Nichtregierungsorganisation *Rainbow Youth*, die sich in Auckland seit 1989 für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzt, soll sich nach dem Willen des neuseeländischen Bildungs- und Erziehungsministeriums mit ihrer Kompetenz bei der Planung und Durchführung von Sensibilisierungskampagnen an Schulen und Bildungseinrichtungen beteiligen.

Rainbow Youth hat bereits im vergangenen Jahr in Kooperation mit dem Ministerium einen Bericht über die Stigmatisierung sexueller Minderheiten an Schulen vorgelegt. Die Studie war zu dem Ergebnis gekommen, dass vor allem Pazifik-Insulaner und Maori unter gesellschaftlicher Inakzeptanz ihrer geschlechtlichen Ausrichtung leiden. Eine Reihe von Selbsttötungen im Umfeld sexueller Minderheiten im Großraum Auckland hat *Rainbow Youth* nun veranlasst, ihre Aufklärungs- und Bildungskampagnen auf ganz Neuseeland auszudehnen und auch außerhalb der Metropolen ethnische Minderheiten mit andersartiger Sexualität zu unterstützen.

Duncan Matthews, Koordinator von *Rainbow Youth*, erklärte, es ginge vor allem darum, den pazifischen Familien und den Maori-Familien zu vermitteln, dass ihre Kinder auch unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung geliebt werden wollten. Als besonderes Problem beschrieb Matthews die starre Haltung der Kirchen gegenüber nicht-heterosexuellen

Lebensweisen. Gerade Jugendliche und junge Menschen gerieten durch die starke Einbindung in christliches Gemeindeleben in seelische Not, weil die meisten Kirchen (und Staaten) im Pazifik Homosexualität ablehnen und öffentlich dagegen Stellung beziehen. (Pacific Scoop 30.09.14, <http://www.rainbowyouth.org.nz/>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Erste Papua als Ministerin ernannt

Indonesien: Yohana Susana Yembise heißt die neue Ministerin für Frauen und Kinder im Kabinett von Präsident Joko „Jokowi“ Widodo. Am 26. Oktober stellte Widodo die 34 Ministerinnen und Minister vor, die für die nächsten fünf Jahre das „Kabinet Kerja“ (Arbeitskabinett) bilden sollen.

Yembise, die 2007 als erste indigene Frau aus Papua als Professorin an die *Cenderawasih Universität* in Jayapura berufen wurde, ist auch die erste Frau aus Papua, die ein Amt als Ministerin in Indonesien innehat.

Sie sagte in einem Interview mit *kompas*, dass die Gewaltrate gegenüber Frauen und Kindern besonders im Osten Indonesiens noch sehr hoch sei und dass die Regierung bisher noch nicht genug dagegen getan habe.

Info: Yembise wurde am 1. Oktober 1958 in Manokwari (Westpapua) geboren. Die studierte Lehrerin machte 1994 in Kanada an der Pädagogischen Hochschule Simon Fraser ihren Master. 2007 promovierte sie an der Universität von Newcastle in Australien. Daraufhin wurde sie als Professorin an die Universität von Jayapura geholt.

Die dreifache Mutter engagiert sich besonders für die akademische Ausbildung von Mädchen

und Frauen. (www.westpapuanetz.de, <http://www.thejakartapost.com/news/2014/10/28/yohana-first-female-papuan-minister.html>)

Mauer soll vor Meeresspiegelanstieg schützen

Indonesien: Eine Mischung aus heftigen Taifunen, Überschwemmungen in der Regenzeit und die Erhöhung des Meeresspiegels durch die Klimaerwärmung lässt die indonesische Hauptstadt Jakarta mit ihren rund zehn Millionen Einwohnern jedes Jahr um bis zu 14 Zentimeter tiefer sinken. Einige nördliche Stadtteile der Metropole könnten in einigen Jahren möglicherweise ganz unter dem Meeresspiegel liegen.

Ein gigantischer Schutzwall von 35 Kilometern Länge soll die Stadt zukünftig vor den Folgen des globalen Klimawandels schützen: Ganze 40 Milliarden US-Dollar nimmt die indonesische Regierung dafür in die Hand.

Für „die große Mauer“, wie der Schutzwall in Anlehnung an die Chinesische Mauer im Volksmund bereits genannt wird, holten sich die Indonesier Experten aus den Niederlanden ins Boot, die seit Jahrzehnten Erfahrungen mit dem Bau hoher Deiche haben. Genau wie in den Niederlanden sollen auch in Jakarta künstliche Inseln entstehen, die neuen Wohnraum in der stetig wachsenden Metropole bieten werden.

Die Fertigstellung des Bauwerks ist für die Zeit zwischen 2025 und 2030 geplant. Dann soll im Abstand von sechs bis acht Kilometern zur Küste insgesamt 35 Kilometer Wall bis zu sieben Meter hoch aus dem Meer ragen und den Norden der Hauptstadt vor dem Anstieg des Meeresspiegels schützen.

(<http://www.paradisi.de> 22.10.14)

Französische Journalisten aus Haft entlassen

Westpapua: Die beiden französischen Journalisten und Dokumentarfilmemacher Valentine Bourrat und Thomas Dandois vom Sender ARTE wurden Anfang August 2014 in Wamena verhaftet, während sie für eine TV-Dokumentation über die Unabhängigkeitsbewegung in Papua recherchierten. Sie waren mit Touristenvisa nach Papua gereist, weil ausländische Journalisten keinen Zugang zum Land bekommen. Nun wurden sie zu zwei Monaten und 15 Tagen Haft verurteilt. Die Zeit in der Untersuchungshaft wurde angerechnet, so dass Bourrat und Dandois am 27. Oktober aus dem Gefängnis entlassen wurden.

Aristo M.A. Pangaribuan, der Anwalt von Bourrat und Dandois, sagte, die Haftentlassung sei jedoch „kein Grund zum Feiern“, denn das Urteil kriminalisiere journalistische Arbeit. Er forderte von der neuen Regierung unter Präsident Joko Widodo eine Lockerung der starken Einschränkungen für ausländische Medienvertreter, die in Papua journalistisch arbeiten wollen. Diese möglichen Lockerungen hatte Widodo bereits bei seinem Wahlkampfbesuch in Papua angedeutet. „Wenn die neue Regierung wirklich möchte, dass sich Papua entwickelt, sollten ausländische Journalisten Zugang zu Papua bekommen, um von den Bemühungen der Regierung berichten zu können“ sagte Rechtsanwalt Pangaribuan weiter. „Sonst sind es nur leere Worthülsen.“ (*Westpapua Netzwerk online*)

† Dr. John Otto Ondawame

Vanuatu: Am 4. September 2014 starb der papuanische Aktivist Dr. John Otto Ondawame im Alter von 61 Jahren in Vanuatu an einem Herzinfarkt. Er leitete zuletzt das Verbindungsbüro der Nichtregierungsorganisation *West Papua National Coalition for Liberation* in der vanuatischen Haupt-

stadt Port Vila. Der gebürtige Papua vom Stamm der Amungme (Region Mimika) war schwedischer Staatsbürger. Dort hatte er 1979 Asyl beantragt und bewilligt bekommen. Ondawame hatte 1976 seinen Bachelor an der *Cenderawasih University* von Jayapura gemacht. Anschließend studierte er Politikwissenschaften im australischen Sydney und an der Universität von Canberra, wo er im Jahr 2000 promovierte. Ondawame war Mitglied im *Papua Presidium Council* und internationaler Sprecher für die papuanische Unabhängigkeitsbewegung *Free Papua Movement*.

Info: Nach seinem politischen Engagement in jungen Jahren für die gewaltbereite Unabhängigkeitsbewegung OPM widmete sich der Politikwissenschaftler später vor allem der Friedens- und Versöhnungsarbeit, für die er auch vielfach ausgezeichnet wurde. In seinen letzten Lebensjahren bemühte sich Ondawame um die Aufnahme von Westpapua in den melanesischen Staatenverbund *Melanesian Spearhead Group*.

Ondawame hinterlässt seine Frau und einen Sohn. (*Radio NZ Intern. 05.09.14, Pressemitteilung MSG 16.09.14, Wikipedia*)

Xanana Gusmão: Rücktritt vom Rücktritt

Timor-Leste: Aufgrund des Drucks aus seiner Partei *Congresso Nacional da Reconstrução Timorese* (CNRT) erklärte Timor-Lestes 68-jähriger Premierminister Xanana Gusmão auf einer Parteikonferenz am 4. August 2014, dass er entgegen seiner bisherigen Ankündigungen bis zur nächsten Wahl im Jahr 2017 im Amt bleiben wird. Er hatte im Verlauf des Jahres 2013/2014 mehrfach erklärt, er würde im September 2014 in den Ruhestand gehen.

Xanana Gusmão zählt zu den Gründungsvätern Osttimors, und Beobachter hatten befürchtet, dass mit seinem Rücktritt ein

Machtvakuum hätte entstehen können, da es keinen geeigneten Nachfolger für ihn gegeben hätte. Im schlimmsten Fall hätte sein Rücktritt zu einer politischen Destabilisierung des gesamten Landes führen können.

Auch Minister der CNRT fürchteten, dass es ohne Gusmão an der Spitze zu einem Kollaps ihrer Partei gekommen wäre. Aus diesem Grund verabschiedete die CNRT zwei Resolutionen: Die erste Resolution besagt, dass Gusmão bis auf Weiteres im Amt bleibt. Die zweite Resolution erteilt ihm ein Mandat, die Regierung neu auszurichten. Sie erteilt ihm außerdem die Erlaubnis, bis zu 20 Minister der Regierung zu ersetzen.

Das Absetzen von 20 der 55 Minister könnte zu erheblichen Spannungen innerhalb der Regierungskoalition aus *CNRT*, *Democratic Party* und der *Frente Mudansa* führen. Ein Mitglied der Koalition teilte mit, dass es im Ermessen Gusmãos liege, die Resolutionen umzusetzen. Er besitze große Autorität und würde aus diesem Grund die Freiheit genießen, seine Meinung auf täglicher Basis zu ändern. Eine erneute Rücktrittsankündigung sei deshalb auch nicht auszuschließen.

Problematisch ist überdies, welche Minister ihr Amt räumen müssen. So gehört die Finanzministerin Emilia Pires, die Ende Juli 2014 vom Generalstaatsanwalt des Amtsmissbrauchs und der Korruption beschuldigt wurde, zu den engsten Vertrauten Gusmãos.

Wichtig wäre aber, dass die *Generation 75* - so wird die kleine Führungsspitze der Politiker bezeichnet, die als Guerillakämpfer für die Unabhängigkeit des Landes gekämpft hatten - den Platz an der Spitze für die neue Generation frei macht, damit sich die politischen Institutionen weiter entwickeln können. (*Sara Czinczoll, Deutsche Osttimor-Gesellschaft. Quellen: Institute of Policy Analysis of Conflict 16.07.14, The Australian 05.08.14. Artikel erscheint auch in "Kurz notiert - Osttimor" der Südostasienzeitung 4/2014*)

Quo vadis, Timor-Leste? Restriktives Mediengesetz, Rauswurf internationaler Richter und eine Amerikanerin im Gefängnis

Timor-Leste: Das Land macht durch dramatische Entscheidungen international Schlagzeilen. Ein erschreckend restriktives Mediengesetz, ein plötzlicher Rauswurf aller internationalen Richter und Berater der Antikorruptionskommission und eine Amerikanerin, die unschuldig auf unbekannte Zeit im Gefängnis sitzt, lassen die Frage offen, in welche Richtung sich die junge Demokratie derzeit entwickelt.

Seit der Unabhängigkeit verzeichnet die junge Demokratie Timor-Leste große Fortschritte und positive Entwicklungen in vielerlei Hinsicht. Die Verfassung Timor-Lestes garantiert Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit. Das Land gehört darüber hinaus zu den asiatischen Ländern mit der größten Pressefreiheit. Jedoch deckten lokale Medien Skandale wie Nepotismus, Misswirtschaft von staatlichen Geldern und Korruption durch Politiker auf.

Das Mediengesetz sieht unter anderem vor, dass lokale und internationale Journalisten eine Akkreditierung des staatlich unterstützten Presserats benötigen. Der Presserat besteht aus fünf Mitgliedern, die vom Parlament ernannt werden und Akkreditierungen genehmigen oder ablehnen dürfen. Darüber hinaus müssen lokale Journalisten ein sechsmonatiges Praktikum bei einem anerkannten Sender machen, um als Journalisten arbeiten zu können. Es gibt keine klaren Ausnahmeregelungen für Teilzeitjournalisten, Freelancer, Blogger, NGOs, Facebooknutzer, Autoren etc.

Der stellvertretende Direktor der Nichtregierungsorganisation *Human Rights Watch* in Asien kritisierte, dass Mediengesetze dieser Art normalerweise in undemokratischen Regimen zu finden seien. Derzeit wird das Gesetz überarbeitet, nachdem es an

mehreren Stellen für verfassungswidrig befunden worden war.

Während der Diskussion um das Mediengesetz beschloss das Nationalparlament Timor-Lestes in einer geschlossenen Sitzung am Freitagabend des 24. Oktobers 2014, alle ausländischen Richter und internationalen Berater im Justizsystem zu entlassen. Den betroffenen Personen aus der Staatsanwaltschaft, der Anti-Korruptionskommission und des *Legal Training Center* wurde eine 48-stündige Frist eingeräumt, das Land zu verlassen. Viele Privatpersonen, Blogger, NGOs und Medienvertreter äußerten sich geschockt über diese Neuigkeiten, da es deutlich die Macht des Parlaments überschreiten würde, eine solche Entscheidung zu treffen. Als Grund für den Rauswurf wird ein Mangel an Kompetenz und Integrität der internationalen Richter und Strafverfolger genannt in Bezug auf die Gerichtsverhandlungen gegen den internationalen Energiekonzern ConocoPhillips.

Der Premierminister Xanana Gusmão wird zunehmend für seinen eigenwilligen Führungsstil kritisiert. Es scheint offensichtlich, dass er seine Minister und Ministerinnen vor Korruptionsanklagen schützen will. Er droht Journalisten, Ermittlern der Antikorruptionskommission und internationalen Richtern, die mit dem Finger auf die Minister zeigen. So erhielt das Nationalparlament einen offiziellen Brief von Gusmão, in dem er die Mitglieder des Parlaments bittet, die Immunität seiner Minister nicht aufzuheben. In diesem Falle würde die Antikorruptionskommission die Verdachtsfälle bis Ende der Amtszeit nicht weiter verfolgen.

Darüber hinaus zeigte Xanana Gusmão häufiger eine negative Einstellung gegenüber westlichen Demokratien und Industrieländern, wie beispielsweise auf dem *Bali Democracy Forum* am 10. Oktober 2014. Dort äußerte er sich kritisch wie beispielsweise „(w)e must consider how we can

avoid that powerful countries, as they are sophisticatedly organized and trained in this matter, from promoting or provoking an Asian spring to destabilise our economies, our processes and destroy our societies.“

Unglücklicherweise sitzt in der Zeit des Rauswurfs internationaler Richter und Berater und der versuchten Beschneidung der Pressefreiheit eine Amerikanerin namens Stacey Addison unschuldig im Gefängnis. Nach 18 Monaten Weltreise reiste die Tierärztin, die an der UC Berkeley ihren Abschluss machte, nach Indonesien. Sie entschied sich für einen sogenannten Visa-Run nach Timor-Leste zu fahren, um ihr Visum für Indonesien zu erneuern. Sie fuhr von Kupang in West Timor bis an die Grenze zu Timor-Leste, wo sie sich mit einer anderen Person, einem Indonesier, ein Taxi in die Hauptstadt Dili teilte. Auf dem Weg bat der Mann den Fahrer kurz anzuhalten, da er noch ein Päckchen abholen müsse. Die Polizei wartete jedoch bereits auf den Kurier des Päckchens, das Metamfetamine enthielt. Alle Personen im Auto wurden festgenommen, darunter Addison. Nach fünf Tagen im Gefängnis in Dili wurde sie zunächst auf freien Fuß gesetzt, während ihr Pass einbehalten wurde. Wochen später kam es zu einer überraschenden Wendung – ohne Vorwarnung wurde sie erneut in ein Gefängnis gebracht. Addisons zuständiger Strafverfolger, ursprünglich aus Afrika, und der zuständige Richter aus Portugal mussten im Zuge der Entscheidung des Nationalparlaments das Land verlassen, was ihren Prozess deutlich verlangsamt. Nun sitzt Addison im Distrikt Ermera im Gefängnis, wo sie bis zu einem Jahr bleiben könnte, bis die Gerichtsverhandlung, die sie freisprechen könnte, beginnt. Der Fall Addison geht derzeit um die Welt. Selbst CNN, CBS, Fox News, Washington Post, People, The DailyMail u.v.m. berichten über sie. Ihre Support-Seite „Help Stacey“ (www.facebook.com/PleaseHelpStacey) auf Facebook zählt über 13.000 Unterstützer. Auch der

Friedensnobelpreisträger und ehemalige Präsident Timor-Lestes, José Ramos-Horta, engagiert sich persönlich. Er besuchte die Inhaftierte im Gefängnis und gab Interviews zu ihrer Lage. (Artikel von Janina Pawelz, Deutsche Osttimor Gesellschaft)

AUSTRALIEN

Erinnerung an den Ersten Weltkrieg

Am 11. September fand in der Provinzhauptstadt der Insel Neubritannien (Papua-Neuguinea), Rabaul, eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 100. Jahrestages der „Schlacht von Bita Paka“ statt. Senator Michael Ronaldson, der australische Minister für die Angelegenheiten von Kriegsveteranen, erinnerte in seiner Ansprache an die ersten sechs gefallenen australischen Soldaten im Ersten Weltkrieg.

Info: Bereits kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges entsandte die noch junge Nation Australien 1.500 Soldaten auf die Insel Neupommern (heute: Neubritannien) im Bismarck-Archipel, das zu dieser Zeit zu Deutsch-Neuguinea gehörte. Hier überfielen die Australier im Hinterland des deutschen Stützpunktes Herbertshöhe nahe Rabaul die wichtige Funkstation *Bitá Paka*. Bei dem Kampf starben 31 deutsche sowie sechs australische Soldaten. Sie waren die ersten von insgesamt 60.000 Australiern, die im Ersten Weltkrieg fielen. Rund 450 Australier sind in Papua-Neuguinea begraben. (Radio Australia 11.09.14, <http://www.goethe.de/ins/au/lp/kul/mag/www/de13472993.htm>)

Sanktionen aufgehoben

Anlässlich eines zweitägigen Staatsbesuches der australischen Außenministerin Julie Bishop in Suva (Fidschi) Ende Oktober gab Bishop die Aufhebung aller aust-

ralischen Sanktionen gegen Fid-schi bekannt. Bishop nahm in Suva am Treffen des *Fiji-Australia Business Council* teil. Zuvor hatte sie die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Australien und Fidschi betont. Ihr Besuch knapp zwei Monate nach den demokratischen Wahlen sei ein Zeichen für den Neubeginn der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, so die Außenministerin.

Bishop lud die Fidschianer ein, sich zukünftig am saisonalen Arbeitsmigrationsprogramm der Australier (*Seasonal Workers Program*) zu beteiligen. Im Gepäck hatte sie außerdem ein 16 Millionen AUS-Dollar schweres Abkommen über eine institutionelle Zusammenarbeit im Bereich des Öffentlichen Dienstes. Außerdem erklärte Bishop, Australien werden in den nächsten vier Jahren die Bereiche Tourismus und Hortikultur mit 8,8 AUS-Dollar unterstützen.

Im Gespräch zwischen Bishop und dem im September demokratisch gewählten Premierminister Voreque Bainimarama vereinbarten die Beiden des Weiteren, die jeweiligen Botschafter wieder in ihren Ländern einzusetzen.

Info: In Australien leben und arbeiten geschätzte 50.000 Fidschianer. 300.000 Australier reisen jährlich als Touristen nach Fidschi, das entspricht mehr als der Hälfte des jährlichen Gästeaufkommens.

Die australische Regierung hatte nach dem Putsch von Militärkommandant Voreque Bainimarama im Jahr 2006 Sanktionen gegen Fidschi eingeführt. Diese bezogen sich vor allem auf den Stopp von Waffenlieferungen und weiterem militärischen Material sowie auf die militärische Zusammenarbeit. (*Fijilive, ABC News 31.10.14, <http://www.theguardian.com/world/2014/oct/31/us-and-australia-lift-fiji-sanctions>*)

Climate Warriors blockieren Hafen

Eine Gruppe pazifischer Klima-Aktivisten hat mit Unterstützung

lokaler Nichtregierungsorganisationen mit traditionellen Ausleger-Kanus einen Tag lang die Einfahrt zum Kohlehafen von Newcastle blockiert. Mit ihrer Aktion am 17. Oktober wollten die „Climate Warriors“ gegen die australische Kohlepolitik protestieren und auf die Folgen des Klimawandels durch die Nutzung fossiler Brennstoffe hinweisen.

Die 30 Klima-Aktivisten aus zwölf pazifischen Staaten waren mit fünf traditionellen Kanus in Vanuatu losgefahren. An Bord der Flotte war u.a. Milan Loeak, die Tochter von Christopher Loeak, dem Präsidenten der Marshall-Inseln.

Info: Newcastle ist eine Hafenstadt im australischen Bundesstaat New South Wales. Sie liegt 160 km nördlich von Sydney an der Mündung des Hunter River. Die Stadt hat ca. 310.000 Einwohner. Im großen Güterhafen, der bereits 1804 gebaut wurde, werden die Produkte der Stahlindustrie aus der Region verschifft.

Die Organisation *350.org*, eine Online-Protest-Bewegung gegen die Folgen des Klimawandels, hatte zum Protest gegen den weiteren Ausbau des Hafens aufgerufen. Dem weltweiten virtuellen Protest in Form von Online-Aktionen schlossen sich die „Climate Warriors“ mit ihrer Protestfahrt und der Hafenblockade an. (*http://act.350.org/sign/Kampfe_an_der_Seite_der_Klima-Krieger/, Radio Australia 12.10., 14.10.14*)

Auszeichnung für verantwortungsbewussten Tourismus

Der Reiseanbieter „*Echidna Walkabout Nature Tours*“ aus Melbourne (Bundesstaat Victoria) ist Anfang November im Rahmen der Messe *World Travel Markets* im britischen London mit dem *World Responsible Travel Award* für das Jahr 2014 ausgezeichnet worden. *Echidna Walkabout Tours* konnte sich gegen 23 Organisationen aus der ganzen Welt behaupten, die sich mit verantwortungsbewusstem Reisen

beschäftigen. Der Veranstalter bietet seinen Kunden Touren an mit dem Anspruch auf einen ethischen Umgang mit der Natur. So werden die Teilnehmer beispielsweise durch Säuberungsaktionen aktiv in den Umweltschutz mit einbezogen. *Echidna Walkabout Tours* engagiert sich vor allem für den Erhalt der endemischen Tierwelt Australiens und hat sich das Ziel gesetzt, diese typisch australischen Tierarten auch international bekannter zu machen. So gehört zu den angebotenen Touren zum Beispiel der Tagesausflug „In the Wild“ auf den Spuren von Koalas und Kängurus.

Der Reiseanbieter wurde vor 16 Jahren gegründet. Jährlich nehmen 6.000 Gäste an seinen Programmen zur Erkundung einheimischer Flora und Fauna teil.

Info: *Echidna Walkabout Tours* erhielt den ersten Preis für verantwortungsvolles Reisen in der Kategorie „Best for Wildlife Conservation“.

Die Preise werden seit elf Jahren vergeben. Sie werden vom Tourismusministerium des Staates Oman gesponsert. Die Preisträger werden von Reisenden vorgeschlagen. Die Preisverleihung findet jährlich im Rahmen der weltgrößten Reisemesse „World Travel Market“ in London statt.

(*<http://www.echidnawalkabout.com.au/>, <http://www.responsibletravel.com/awards/winners/2014.htm>*)

SPORT

Deutscher gewinnt Ironman

Hawai'i: Der 30-jährige deutsche Triathlet Sebastian Kienle hat am 12. Oktober den legendären Ironman der Triathleten auf Hawai'i gewonnen. Damit sicherte sich der Student des Studiengangs „Internationales Management“ den Weltmeister-Titel. Bereits im Juli des Jahres hatte Kienle in Frankfurt den *Ironman Germany* gewonnen und damit die Europameisterschaft der Tri-

athleten.

Für die 3,86 Kilometer Schwimmen im Pazifik, die 180,2 Kilometer Radfahren und den 42 Kilometer langen Marathonlauf benötigte Kienle 8 Stunden 14 Minuten und 18 Sekunden. Damit war er um ganze fünf Minuten schneller als der Zweitplatzierte Ben Hoffman aus den USA.

Kienle ist erst der vierte deutsche Triathlet, der auf Big Island triumphieren konnte. Vor ihm hatten 1997 Thomas Hellriegel, 2004 und 2006 Normann Stadler und 2005 Faris Al-Sultan den WM-Titel geholt.

Info: Der *Ironman Hawaii* findet seit 1978 jährlich im Oktober auf Big Island statt. Er ist der älteste und auch bekannteste Ironman der Welt. Unter Triathleten gilt der Ironman Hawaii als der schwierigste Ausdauerwettkampf weltweit, nicht zuletzt wegen der extremen klimatischen Bedingungen mit Temperaturen über 40 Grad und den böigen Mumuku-Winden auf der Radstrecke durch die Lavafelder im Norden der Insel.

An dem Wettkampf dürfen 1.800 Athleten teilnehmen, darunter 50 männliche und 35 weibliche Profis. In diesem Jahr waren neun deutsche männliche Profis an dem Wettkampf beteiligt. Bisher konnte noch keine deutsche Triathletin den Ironman gewinnen. (<http://www.sebastiankienle.de/>, *Wikipedia*)

„TOK BILONG PASIFIK“

UN-Generalsekretär erhält Matai-Ehrentitel

Samoa: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), der Südkoreaner Ban Ki-moon, ist während eines Besuches im samoanischen Dorf Siupapa, einem Ortsteil von Saleapaga auf der Insel Upolu, vom Dorfrat *fono* mit dem traditionellen Titel *Tupua* geehrt worden. Ki-moon erhielt den Ehrentitel im Rahmen einer Kava-Zeremonie im Gemein-

schaftshaus *fale* des Dorfes aus den Händen des samoanischen Premierministers Tuilaepa Aiono Sialele Malielegaoi. Der mit einer feinen Matte, einer Halskette und einem Kopffederschmuck bekleidete achte UN-Generalsekretär trägt nun den Titel „Your Excellency Prince Tupua Ban Ki-moon of Siupapa Saleapaga“.

Der 70-jährige Ki-moon hatte vor Beginn der UN-Konferenz der kleinen Inselentwicklungsstaaten eigens das Dorf Saleapaga besucht, um sich dort über die Auswirkungen des verheerenden Erdbebens und des daraufhin ausgelösten Tsunamis vom 29. September 2009 zu informieren. Damals starben 189 Menschen im Distrikt Saleapaga.

Begleitet wurde der seit Januar 2007 amtierende Generalsekretär von Mary Robinson, der UN-Gesandten für den Klimawandel, sowie der UN-Sekretärin für die Koordination von Katastropheneinsätzen, Valerie Amos. (*UN News Centre* 31.08.14)

Strand wird nicht umbenannt

Hawai'i: Der Vorschlag zweier Mitglieder des Stadtrates von Honolulu zur Umbenennung eines beliebten Strandes auf der hawaiischen Insel Oahu ist abgelehnt worden. Stanley Chang und Ernest Martin hatten vorgeschlagen, den „Sandy Beach Park“ in „Obama Beach“ umzubenennen. Der Park rund um den malerischen Sandstrand soll zu den beliebtesten Orten des amerikanischen Präsidenten Barack Obama in seiner Kindheit gehört haben. Auch während seiner Präsidentschaftskampagne im Jahr 2008 hatte der spätere Präsident der USA seinen Urlaub am *Sandy Beach* verbracht.

Ein einheimischer Fernsehsender griff den Vorschlag der beiden Ratsmitglieder auf und startete eine Blitzumfrage unter 1.100 Menschen, über 90% der Befragten lehnten die Umbenennung ab. Einige sagten, sie wollten nicht

noch mehr Touristen an diesen bei Einheimischen sehr beliebten Strand locken, andere erklärten, der Strand sei für die Hawaier ein heiliger Ort und dürfe nicht durch eine derartige Namensänderung entweiht werden.

Auf den Protest der Öffentlichkeit hin zogen die Ratsmitglieder ihren Antrag beim Stadtrat zurück. Die beiden Ratsmitglieder wollen sich jedoch weiter dafür einsetzen, dass zumindest eine Straße, ein Platz oder eine Bahnstation nach Obama benannt wird, was bis dato in Honolulu, dem Geburtsort des Präsidenten, noch nicht der Fall ist. (*Hawaii News Now* 06.10.14, <http://online.wsj.com/articles/honolulu-rejects-naming-surfing-beach-after-obama-1412721909>)

Fiji Airways-Chef wechselt zu Air Berlin

Deutschland: Zum 1. Februar 2015 übernimmt der aus Bayern stammende Stefan Pichler den Vorstandsvorsitz über die zweitgrößte deutsche Fluggesellschaft *Air Berlin*. Der 57-Jährige führte zuletzt die *Fiji Airways*, davor war er u.a. in Australien als Manager beim Billigflieger *Virgin Blue* beschäftigt.

Der studierte Jurist und Diplomkaufmann Pichler war in seiner Jugend ein bekannter Marathonläufer. Der leidenschaftliche Taucher begann seine Karriere bei der Sportbekleidungsfirma Nike im amerikanischen Oregon, bevor er in die Touristik- und Airline-Branche wechselte. Von 1997 bis 2000 saß er im Vorstand der Lufthansa AG und war anschließend von 2000 bis 2004 Vorstandsvorsitzender bei Thomas Cook. Nach einem beruflichen Zerwürfnis verließ Pichler Deutschland und heuerte bei *Virgin Blue* sowie von September 2009 bis August 2013 bei der kuwaitischen Fluglinie *Jazeera Airways* an.

Mit signifikanten Veränderungen im Streckennetz, im Produkt, bei der Preisgestaltung und im Ver-

trieb wurde *Virgin Blue* 2006 und 2007 eine der profitabelsten Fluggesellschaften weltweit und erreichte eine Marktkapitalisierung von mehr als 2,5 Milliarden Dollar. Pichler gründete als Aufsichtsratsvorsitzender 2008 auch *V Australia*, den neuen australischen Langstreckencarrier der Virgin Group.

Im September 2013 wechselte Pichler zu *Fiji Airways* und bezog sein verglastes Vorstandsbüro im Hangar auf dem Flughafen von Nadi. Er führte die fidschianische Fluggesellschaft sehr erfolgreich.

Info: Fiji Airways ist im internationalen Vergleich eine Mini-Fluglinie mit nur sieben Flugzeugen und einem jährlichen Passagieraufkommen von etwas mehr als einer Million. Die deutsche *Air Berlin* verfügt über 123 Flugzeuge und verzeichnet 30 Millionen Passagiere pro Jahr, steckt aber seit Jahren in der Krise. Die Fluggesellschaft kann sich nur mit Hilfe des arabischen Großaktionärs *Etihad* über Wasser halten.

Pichler wurde vom deutschen Magazin *Focus* in drei aufeinanderfolgenden Jahren zum „Touristik-Manager des Jahres in Deutschland“ gewählt. Im Jahr 2012 wurde Pichler mit dem „Personal Achievement of the Year“ Award von *Aviation Business* für den erfolgreichen Turnaround von *Jazeera Airways* ausgezeichnet. (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/stefan-pichler-neuer-chef-von-air-berlin-im-portraet-a-1000849.html>, <http://www.fijiairways.com/>, Wikipedia)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Diese kirchlichen Nachrichten wurden von der FSJ-Kraft Simon Heß erstellt.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ELC-PNG

Frauen missionieren in der Stadt

65 Frauen aus der Morobe-Provinz besuchten die Hauptstadt Port Moresby für zwei Wochen, um Menschen in der Stadt mit dem Evangelium bekannt zu machen. Ziel sei es, die Botschaft von Jesus Christus zu predigen, sowie den Glauben mit Christen, aber auch Nicht-Christen und Bedürftigen zu teilen, betonte Nathan Giamme, der Leiter der Gruppe. (*The National* 16.10.2014)

Distrikt-Konferenz würdigt Ninipeo Anga

Der kürzlich ermordete Ninipeo Anga wurde anlässlich der 22. Konferenz des Ukata-Distrikts in Sel Village für seinen Einsatz und seine Leistungen gewürdigt. Dabei gab es eine dreiminütige stille Trauerandacht, geführt vom Präsidenten des Ukata-Distrikts, Rev. Bayuso Basingnu.

Ninipeo Anga wurde letzten Monat entführt, dann gezwungen, 20 Kilometer nach Wasu zu laufen und anschließend zu Tode gefoltert, nachdem er der Praktizierung von Hexerei beschuldigt worden war.

Die Polizei war sich zwar der Anwesenheit einer mit Messern und selbst angefertigten Waffen ausgestatteten Gruppe bewusst, konnte jedoch aufgrund von personellen Engpässen nicht reagieren. (*The National* 01.10.2014)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Erzbischof: „Gott hat großartige Pläne mit euch“

Der katholische Erzbischof Michael Banach besuchte kürzlich die zwölfte und zehnte Klasse bei deren Abschlussfeiern am *St. Joseph's International Catholic College*. Seine Botschaft an die Schüler war, sie sollen aufmerksam darauf achten, was in ihnen vorginge. „*Alles, was um euch herum passiert, ist nicht so wichtig wie das, was bei euch im Inneren passiert*“, sagte der Bischof.

Die Schüler sollen die Zeit in der Schule reflektieren und erkennen, was es bedeutet, sich seines Inneren bewusst zu werden, sowohl für einen selber, als auch für die gesamte Gesellschaft. Außerdem sprach er an, dass das Ende der Schule gleichzeitig ein Beginn einer neuen Zeit darstelle und ungeöffnete Türen und neue Wege mit sich bringe. Dazu gehörten auch „*neue Freunde, die einen am Horizont erwarten*“. (*The National* 17.11.2014)

Papua-Bischöfe starten Plan für Wandel in der Gesellschaft

Bischöfe aus Papua-Neuguinea und den Salomonen veröffentlichten einen pastoralen Fahrplan zur Verbesserung der Unterstützung von Familien, Armen, Jugendlichen, Straßenkindern, Medien und sozialen Belangen. Kern des Programms sei die „neue Evangelisierung“, die nicht primär darauf abziele, Menschen für das Christentum zu gewinnen, sondern christliche Werte in das Alltagsleben, die Wirtschaft und die Politik zu integrieren. Viele Menschen glauben an Hexerei oder praktizieren Verhütung, Abtreibung oder die Vielehe. Das pastorale Programm soll vor allem Traditionen wie z.B. die Vielehe thematisieren. Bischof Arnold Orowae von Wabag präsentierte den Plan und kommentierte: „*Die Welt und die Kirche sind in einer*

tiefen und andauernden Krise, die wir so noch nie erlebt haben.“ (Catholic News Agency 10.10.2014)

Kirche gegen Todesstrafe

Die Katholische Kirche hat ihre Einstellung gegenüber der Todesstrafe auf einem öffentlichen Forum in Port Moresby zum Ausdruck gebracht. Erzbischof John Ribot sagte: „*Es kann niemals gerechtfertigt werden, jemand anderen umzubringen.*“ Er zweifelte auch an der Wirkung der Todesstrafe zur Abschreckung von Straftaten.

Dr. Zirajukik Kemung von der Lutherischen Kirche meinte, dass die Todesstrafe nichts Neues sei, sondern schon Jahrhunderte in der Kirchengeschichte verankert sei. Auch Jesus selber sei vom Staat und von den religiösen Führern zum Tode verurteilt worden. Es sei Aufgabe des Staates, Gesetz und Ordnung durchzusetzen und es sei Aufgabe der Kirche, Seelen zu retten. *(The National 14.11.2014)*

Bischof verlangt Verbesserungen in Goilala

Ein Bischof hat die Regierung aufgerufen, weiter entferntere Kommunen in den Highlands von Goilala besonders beim Gesundheits- und Bildungssystem besser zu unterstützen. Außerdem werden die Menschen vom Rest der Provinz abgeschnitten, da sie nur mit kleinen Flugzeugen erreicht werden könnten. Besonders nach einem Flugzeugabsturz im September erhob der Bischof Vorwürfe. Die Kirche sei zwar präsent in dem Gebiet, aber aufgrund begrenzter Ressourcen und fehlender Infrastruktur nicht in der Lage, ausreichend Hilfe zu leisten. Daher brauche man Hilfe von staatlicher Seite. *(The National 12.11.2014)*

Madang-Polizei, Gesellschaft und Kirche kämpfen gegen sexuelle Gewalt

Sexuelle Gewalt ist ein großes Problem in Papua-Neuguinea. Dabei spielt vor allem die Gewalt gegen Frauen und Kinder eine große Rolle. Traditionen gehen oftmals dahin, die Gewalt bei einem sich verteidigenden Opfer noch zu erhöhen.

Die Gewalt kann verhindert werden, wenn sich viele Menschen zusammenfinden und dagegen ankämpfen. Gruppierungen dafür gibt es bereits und die Polizei steht auch zur Hilfe bereit. Auch wenn es den Opfern schwer fällt, sollen sich diese trauen, mit ihren Problemen zum Gericht bzw. zur Polizei zu gehen. *(The Catholic Reporter Juli 2014)*

AUS ANDEREN LÄNDERN

Kiribati Church ist gegen Gesetz zur Todesstrafe

Kiribati: Der neue Leiter der *Kiribati Uniting Church*, Pfarrer Kouraabi, hat seine Bedenken gegenüber der Todesstrafe geäußert. Er könne nicht verstehen, wie viele Mitglieder seiner eigenen Kirche, aber auch der röm.-kath. Kirche, das Gesetz zur Todesstrafe unterstützen könnten. Die Kirche jedenfalls verweigere ihre Zustimmung zu dem Gesetz, da es gegen den Glauben verstoße. Bischof Paul Mea von der Katholischen Kirche hatte bereits zuvor seine Bedenken geäußert. *(Pacific Islands Report 18.09.14)*

Fiji Methodist Church hofft auf Versöhnung mit der Regierung

Fidschi: Um den Versöhnungsprozess mit der Regierung voranzubringen, lud die Methodistische Kirche den Präsidenten und den Premierminister zur Teilnahme am „Agape (Love) Feast“ ein. Diese Veranstaltung ist Teil des Goldenen Jubiläums der Kirche in Suva und soll zur Versöhnung

beitragen. *(Pacific Islands Report 12.08.14)*

Anzahl an Mormonen übersteigt die Anzahl an Katholiken

Tonga: 18% der Menschen im Königreich Tonga sind laut einer Statistik aus dem Jahr 2011 Mormonen und nur noch 15% Katholiken. 1996 waren es noch 14% Mormonen und 16% Katholiken. *(Pacific Islands Report 02.10.14)*

Pazifische Kirchen treffen sich zum Gebet gegen Klimawandel

Samoa: Anfang September trafen sich Repräsentanten der Kirche, von Umweltorganisationen und den Vereinten Nationen in Mulinu (Samoa), um wegen des Klimawandels gemeinsam zu beten. „*Dieses Gebet des Meeres soll für die gelten, die vom steigenden Meeresspiegel betroffen sind*“, hieß es in einer Mitteilung der Konferenzteilnehmer. Außerdem sollten die Menschen auf die von Gott erschaffene Umwelt achtgeben. „*Alles auf dieser Welt, auch die Welt selber und alles andere, wurde von Gott erschaffen und er erweist uns nun die Ehre, diese Dinge nutzen zu können*“, heißt es in der Liturgie des Gebets. Dieser Ehre müssten sich die Menschen bewusst werden.

Als Symbol diente eine Kokosnuss, die ins Meer geworfen wurde und an irgendeiner Küste wieder Wurzeln schlagen soll. Sie steht für die Kraft und Ausdauer der Umwelt, aber auch als Zeichen für die Hoffnung. *(Pacific Islands Report 08.09.14)*

Premierminister ermutigt Kirchen zur Verurteilung häuslicher Gewalt

Salomonen: Der damalige Premierminister Gordon Darcy Lilo sprach Kirchen beim „Adventist Women Congress“ in Munda in

Bezug auf häusliche Gewalt gegen Frauen an. Die Kirche solle unabhängig vom Gesetz sich mit dem Thema beschäftigen, auch wenn es vom Gesetz her klar sei, dass häusliche Gewalt falsch ist. Aufgabe der Kirche sei es, vor allem Frauen und Kinder zu schützen, ihnen zu helfen und ihnen die Gesetze zur häuslichen Gewalt zu erklären. Die Kirche trage damit die große Verantwortung, Hoffnung, Unterstützung und Ermutigung für Opfer zu geben, da sich viele von ihnen an die Kirche wendeten. (PIR online)

Umbruch der katholischen Kirche geht weiter

Guam: Der katholische Erzbischof Anthony Apuron entließ James Benavente, nun ehemaliger Rektor der „Dulce Nombre de Maria Cathedral-Basilica“. Außerdem übte er Kritik an der Arbeit von Benavente, primär an seinem finanziellen Management für Arme.

Aufgrund dieser Vorkommnisse schaltete sich der Direktor des Budget-Managements der Regierung von Guam, Joseph Rivera, ein und kommentierte Apurons Aussagen, die laut ihm gelogen seien. „Die Aussagen über falsches Management der Finanzen können nicht durch Fakten belegt werden“, sagte er.

Schritt für Schritt wurden Apurons Aussagen von Benavente selber, von Rivera, aber auch von anderen Personen widerlegt.

(Pacific Islands Report 07.08.14)

Katholische Kirche veröffentlicht Finanzen wegen öffentlichen Drucks

Guam: Nach öffentlicher Kritik und Diskussionen über den Finanzhaushalt der Katholischen Kirche von Guam gab die Kirche dem Druck nach und veröffentlichte ihre Finanzen. Insgesamt hatte die Erzdiözese 177 Millionen Dollar Vermögen Ende Juni letzten Jahres in Besitz. Davon

sind 97,8 Millionen Dollar Landbesitz, 66 Millionen Dollar Gebäude, Fabrikanlagen und Ausrüstung. Die Einnahmen aus Schulen und Kirchenkollekten summierten sich auf 26 Millionen Dollar. Knapp die Hälfte dieser Einnahmen floss in Form von Gehältern zurück an Schulen. Die Kirche wollte mit dem Schritt in die Öffentlichkeit ihre „Transparenz im Bereich der Finanzen“ zum Ausdruck bringen.

Jedoch wurde nicht bekannt gegeben, wie die finanzielle Situation beim sog. „Redemptoris Mater Archdiocesan Missionary Seminar“ in Guam aussieht. Einige Katholiken haben sich daraufhin bereit erklärt, Unterstützung für die Veröffentlichung der Finanzen des Seminars zu geben, um Bedenken über den Transfer von einem der größten vermögenswirksamen Besitztümer („Accion Hotel“ in Yona, wird vom Seminar benutzt) der Kirche auszuschließen.

Der Bericht über dieses Seminar soll auf einer separaten Website noch bekannt gegeben werden.

Die Erzdiözese will ihr Finanzmanagement kontinuierlich verbessern, woran eine unabhängige Organisation beteiligt werden soll. (PIR online)

IN EIGENER SACHE

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der „pazifik aktuell“,

gerne senden wir Ihnen die „pazifik aktuell“ vierteljährlich zu.

Mission EineWelt, das Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, trägt hierfür die Herstellungs- und Versandkosten.

Es wäre schön, wenn Sie an Stelle einer Kostenerstattung seine missionarischen und sozialen Aufgaben in Papua-Neuguinea, Fidschi, Tahiti und anderen Ländern des Pazifiks durch eine

Spende (Spendenkonto bei der Evangelischen Bank eG, IBAN DE12 5206 0410 0001 011111) unterstützen. Ihre Spende fließt ohne Abzug von Verwaltungskosten direkt in die Projektarbeit unserer pazifischen Partnerländer. Spenden sind steuerlich absetzbar. Für Beträge bis 200,- EUR genügt für das Finanzamt der abgestempelte Überweisungsträger. Dieser liegt dieser Ausgabe bei.

Mit freundlichen Grüßen aus der Pazifik-Informationsstelle

Julia Ratzmann, Redakteurin

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1
Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Contemporary Pacific • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Tahitipresse • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und

Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de